

Beratungen zum Doppenhaushalt 2012-2013 der Landeshauptstadt Stuttgart

Rede von Ulrike Küstler (DIE LINKE), stv. Fraktionsvorsitzende, am 18.10.11 vor dem Gemeinderat zur Einbringung der Fraktionsanträge.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, wir machen Kommunalpolitik in einer unruhigen Welt. Unsere Antwort für Stuttgart ist: **Die Stadt für alle!**

Am letzten Samstag haben uns auch in Stuttgart sanfte Ausläufer der internationalen **Protestbewegung** erreicht. Für mehr Demokratie und gegen die Macht des Finanzkapitals – wir denken, dass dies ein Signal vor allem der jungen Generation an die Politik ist, dass sie Änderungen will, weil sie sich um ihre Zukunft sorgt – zu Recht. Es brennt nicht nur weit weg, es brennt auch in Europa. Ungerechtigkeit und politische Unterdrückung erzeugen Widerstand. Sozialer Ausgleich und demokratische Teilhabe sind die Grundlage einer lebenswerten Gesellschaft. Wir gehen davon aus, dass es der Stadt gut geht, wenn es allen in der Stadt gut geht und niemand ausgeschlossen wird. Das ist für uns: Die Stadt für alle!

Wir teilen nicht die **konservative Vorstellung**, dass es allen gut geht, wenn es „der Wirtschaft“ gut geht. So einfach ist die Welt nicht. Auch in Stuttgart geht wachsender Wohlstand einher mit wachsender Armut. In einer bundesweiten Untersuchung über die sozialen Differenzen in großen Städten lag Stuttgart an zweiter Stelle, und zwar nicht bei den Wohlfühlfaktoren, sondern beim Unterschied zwischen Arm und Reich. Wir wissen, dass von den Arbeitsmöglichkeiten und Arbeitsbedingungen die Lebensbedingungen der meisten Menschen in der Stadt abhängen und auch die Stadtkasse zu einem großen Teil. Darum sind wir besorgt, dass die Wirtschaftsstruktur in Stuttgart immer noch einseitig von wenigen Branchen bestimmt ist. Das birgt große Risiken. Dass sich städtische Wirtschaftsförderung um die Stadtteile und die Nahversorgung kümmert ist gut, reicht aber bei weitem nicht. Es ist Aufgabe des Oberbürgermeisters und auch des Kämmers eine Branchenvielfalt zu stärken, die uns weniger abhängig macht von wenigen großen Konzernen.

Uns genügt aber auch nicht **der schlichte grüne Wunsch: Mehr Lust auf Stadt**. Wir wollen, dass die Lust nicht nach dem Geldbeutel oder dem sozialen und kulturellen Kapital bemessen wird. Wir wollen, dass die Stadt die **öffentlichen Güter** bereitstellt, die für eine moderne Stadtgesellschaft erforderlich sind. Es geht um die Daseinsvorsorge. Es geht uns um die **kommunale Demokratie** und es geht um die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen.

Die **demografische Entwicklung** bringt neue wichtige Gesichtspunkte in die kommunalen Aufgaben. Ein schrumpfender Anteil der Bevölkerung muss erarbeiten, was wir für die wachsende Zahl von älteren und alten Menschen brauchen und was wir für Kinder und Jugendliche brauchen. Die wachsende Gruppe der Älteren und Alten gewinnt ein höheres Gewicht bei Wahlen. Das könnte das zu schärferer Verteilungs-Konkurrenz zwischen den Generationen und sozialen Schichten führen. Wir unterstützen eine partizipative Altenhilfeplanung, dies ist Bestandteil einer **generationengerechten Politik**.

Auch in Stuttgart wächst die Altersarmut. Immer mehr Beschäftigte arbeiten in unsteten und gering bezahlten Arbeitsverhältnissen. In den nächsten Jahren kommen zunehmend Men-

schen ins Rentenalter, die arbeitslos waren und in dieser Zeit praktisch nichts in die Rentenkasse eingezahlt haben. Wir unterstützen eine partizipative Altershilfe, die Unterstützung der Selbständigkeit so weit und so lange wie möglich und die richtige Hilfe, wo erforderlich. Wir können in der Kommunalpolitik die Hartz-Regeln nicht ändern, aber wir können Strukturen aufbauen, die Unterstützung und Teilhabe – und zwar für alle Generationen – sichern.

Die Stadt für alle – dazu haben wir einen übergreifenden Vorschlag: die Entwicklung von Stadtteilzentren.

In diesen Haushaltsberatungen geht es in allen sozialen Bereichen um Vernetzung und Verankerung im Stadtteil. Familienberatung, Familienzentren, Generationenhäuser, gerontopsychiatrische und sozialpsychiatrische Hilfe, Altenhilfe, ambulante Dienste aller Art ebenso wie die Bildungsregionen. Die Fraktion SÖS und Linke will, dass diese **Vernetzung und Zusammenarbeit** nicht nur für die jeweils einzelnen Lebensbereiche oder Lebensalter hergestellt wird, dass es viele einander überlagernde Netze gibt, sondern wir wollen, dass dies zusammengefasst wird und sich diese Netze sich gegenseitig unterstützen. **Stadtteile und Stadtbezirke sollen zu lebendigen sozialen und demokratischen Gemeinwesen entwickeln.**

Das **Programm soziale Stadt** hat in seinem ursprünglichen Ansatz solche Elemente enthalten: Die Entwicklung des Stadtteils sollte aufgebaut und begleitet werden durch die Beteiligung der Einwohnerinnen und Einwohner und die Einbeziehung aller sozialen und gesellschaftlichen Akteure. Die Bundesregierung hat das Programm „Soziale Stadt“ verstümmelt. Investive Maßnahmen – also Geld in Bauwerke – fördert sie weiter, die Mittel für nicht-investive Maßnahmen – also Geld für Bürgerbeteiligung – wurden gestrichen. Der Gemeinderat hat zu Recht dagegen protestiert.

Wir wollen, dass die **Stadtteile als Ganzes geplant** werden, in einem Prozess, in dem die Bedarfe der Bevölkerung und die vorhandenen Ressourcen und Bedingungen festgestellt und fortgeschrieben werden, in dem die Einwohnerinnen und Einwohner an der Zukunftsplanung beteiligt sind und in dem eine umfassende Stadtentwicklung stattfindet. Dafür muss sich die Zusammenarbeit zwischen den Ämtern deutlich ändern. Jugendamt und Sozialamt, Schulverwaltungsamt und Stadtplanungsamt sollen nicht getrennte Projekte an verschiedenen Orten betreiben, sondern zusammenarbeiten.

Wie viele Kitaplätze, welche Schulen, welche Begegnungsstätten und Betreuungseinrichtungen gebraucht werden, wie Plätze und Straßen, wie die Verkehrsanbindung gestaltet wird, wie Inklusion ermöglicht wird, wo Kinder spielen und Jugendliche bolzen oder Krach machen können, das zu planen geht gut nur gemeinsam mit den Einwohnerinnen und Einwohnern.

Um dies zu bündeln, wollen wir in jedem Stadtbezirk oder größerem Stadtteil ein **Stadtteilzentrum**. Dies kann je nach dem Vorhandenem weiter entwickelt oder neu geschaffen werden. Hier soll Platz sein für die Aktivitäten aller Gruppen und alle sollen sich alle begegnen können. Im Beteiligungsprozess sollen generationen- und sachgebietsübergreifend die Stadtteil-Ziele diskutiert, die Maßnahmen und die Zeitschiene festgelegt werden. Hier sollen auch die Anlaufstellen für Hilfe und Unterstützung in sozialen Fragen Platz haben.

Stuttgart hat für eine solche Stadtteilentwicklung gute Voraussetzungen durch die dezentrale Struktur der Bezirke und der Bezirksämter. Das gilt es zu nutzen. Ziel könnte sein, einen Stadtteil z.B. aus einem schlechteren Cluster Sozialdatenatlasses (das ist seine soziale Eingruppierung) in einen besseren zu heben.

Wir schlagen vor, ein solches Konzept in den Stadtteilen Hallschlag und Nordbahnhof und im Stadtbezirk Weilimdorf zu beginnen, sind aber auch für Vorschläge der Stadtverwaltung offen.

Zur Daseinsvorsorge gehört auch, dass alle am **öffentlichen Nahverkehr** teilnehmen können, wir beantragen daher erneut ein Sozialticket. Und wir wollen eine **Sozialcharta der Stadtwerke Stuttgart**, damit niemand wegen Stromsperre im Dunkeln und Kalten sitzen muss.

Zu dem Thema Zusammenwirken von Stadtplanung und Sozialem gehört auch die **Weiterentwicklung von SIM** (des Stuttgarter Innenentwicklungsmodells): Wir beantragen die Aufnahme des Aspekts Barrierefreiheit im Wohnungsbau, um mehr behindertengerechte und altersgerechte Wohnungen zu bekommen sowie die Verstärkung des sozialen Wohnungsbaus.

Der zweite Schwerpunkt der Haushaltsberatungen ist für uns auch in Zukunft:

Jugend, Bildung und Kultur.

Wir wollen den **Ausbau der frühen Bildung von Kindern in Krippen und Kitas**. Hier unterstützen wir die Vorschläge des Referats Soziales, Jugend und Gesundheit, weil das große Schritte sind, weil wir davon ausgehen, dass diese dann auch realisiert werden können. Sehr wichtig ist uns auch die **Schulkindbetreuung**. Solange wir auch hier eine Warteliste haben und die Versorgungsquote so dramatisch schlecht ist, dürfen keine Plätze für Schulkinder gestrichen werden. Wenn auf Jahre hinaus nur ein Drittel der Kinder, die bis sechs ganztags betreut wurden, in der Schulbetreuung einen Platz finden, stürzen Familien in existenzielle Not, das ist familienfeindlich und kinder-unfreundlich und schädlich für den Wirtschaftsstandort. Die von der Verwaltung bereits in den Haushalt eingerechnete Gebührenerhöhung lehnen wir ab!

Den Ausbau von **Grundschulen zu Ganztagschulen** unterstützen wir. Dabei sind uns zwei Dinge wichtig. Erstens: die **Schülerhäuser** müssen in der Fachkräftequote wie im Raumprogramm tatsächlich dem Hortstandard entsprechen. Zweitens: die Übergangszeit zu richtigen Ganztagschulen darf nicht zu lang werden. Wir denken, dass die pädagogischen Fachkräfte der Ganztagschulen eines Tages gemeinsam mit den Lehrkräften im bisherigen Lehrerzimmer sitzen und gleichberechtigt mitsprechen sollen.

Wir sind für die Weiterentwicklung der Schulformen. Daher beantragen wir, in der Schulentwicklungsplanung mehrere **Standorte für Gemeinschaftsschulen** zu untersuchen. Wir sagen klar: Wenn uns das Land für Stuttgart nur eine Gemeinschaftsschule zugesteht, hat für uns der Hallschlag Vorrang. Hier wurde durch die Soziale Stadt viel Arbeit und Geld investiert. Wenn es auf dem Hallschlag keine entsprechende Schulversorgung mit allen Möglichkeiten bis zum Abitur gibt, werden junge Familien dort nicht hinziehen.

Neben solchen Projekten dürfen wir die überwiegend große Zahl **bestehender Schulen** nicht vernachlässigen. Die **Schulhaussanierung** muss zügig weitergehen. Uns geht es auch um das Stiefkind **berufliche Schulen**. Die Bildungsgänge der beruflichen Schulen in Stuttgart platzen aus allen Nähten – nicht nur durch den Zustrom auswärtiger Schülerinnen und Schüler, das Angebot hat Lücken, es fehlen Personal, Räume und Ausstattung. Deshalb ist eine Schulentwicklungsplanung in diesem Bereich dringend nötig. Wir sehen bei der Schulentwicklung für allgemeinbildende Schulen, dass so ein Prozess lange dauert, und die Zeit drängt.

Zum Thema **Kultur** ist unser wichtigstes Anliegen, die Kürzungen des letzten Haushaltes zurückzunehmen. Uns ist vor allem die **Regelförderung** sehr wichtig, denn nur auf dieser Grundlage können kleinere Kulturveranstalter überleben. Verschwinden diese Kulturschaffenden, verschwindet auch ein großes Potenzial von innovativen Projekten. Das gilt es zu verhindern.

Zwei weitere Bereiche haben für uns eine sehr große Bedeutung: Erstens: die **Weiterentwicklung der demokratischen Prozesse**, und zweitens die **Entwicklung ökologischer Standards** im Handeln der Stadt und in der Unterstützung der Bevölkerung.

Unsere Stadt hat sich verändert durch die Bewegung gegen Stuttgart 21. Wir haben in der letzten Haushaltsdebatte die **artparade** erlebt, wo Kunst- und Kulturschaffende solidarisch untereinander ihre Forderungen gestellt haben. Zur Haushaltsberatung kommen die Stuttgarterinnen und Stuttgarter mit ihren Forderungen ins Rathaus. Wir haben einen **Bürgerhaushalt** erfolgreich ausprobiert. Das ist ein demokratisches Verfahren, die Beteiligung daran übersteigt deutlich die Zahl der Teilnehmerzahl bei wissenschaftlich repräsentativen Umfragen. Der Bürgerhaushalt muss ausgewertet werden, der Prozess überdacht und verbessert werden, auf jeden Fall aber weitergeführt.

Schließlich gehören auch die gewerkschaftlichen Kämpfe zu den wichtigen demokratischen Verfahren und der städtischen Demokratie, sie sichern die Lebensgrundlagen des größten Teils der Stuttgarterinnen und Stuttgarter.

Beteiligung muss auch praktiziert werden in allen Bauplanungen und bei der Gestaltung der Stadtteile. Wir beantragen Beteiligungsformen, die über die formale Beteiligung nach dem Baugesetzbuch hinausgehen wie Planungswerkstätten oder Planungszellen oder Zukunftswerkstätten je nach Planungsgegenstand.

Und nochmal der Hinweis: unsere Stadtteilkonzeption hat auch diesen Bestandteil der demokratischen bzw. Beteiligung.

Das größte ökologische Projekt im Blick auf die Zukunft sind für uns die Stadtwerke. Wir wollen aber weiter auch alle kleinen Möglichkeiten der ökologischen Verbesserungen voranbringen.

Der Umgang mit dem ehemaligen **Hotel Silber** ist ein Prüfstein: Wie ernst meinen es Landesregierung und Stadt mit der Bürgerbeteiligung? Heute morgen beim Lesen der Zeitungen war ich aufgewühlt. Einerseits bestätigt die Landesregierung, dass sie den Gedenk- und Lernort in der Dorotheenstraße will. Andererseits gibt sie das Haus in die Hand von Breuninger. Mit der Initiative wurde vorher nicht gesprochen. Dabei gibt es eine schriftliche Zusage des Landes, noch im Oktober zu einem runden Tisch einzuladen, bei dem die Stadt und vor allem die Initiative mitreden sollen. Wir hoffen, dass die Stadt und das Land das Geschenk der Initiative annehmen, die seit Jahren daran arbeitet, den Opfern der Nazi-Vernichtungspolitik wieder ihren Namen und Platz in der Stadt zu geben und durch eigene Forschung große Vorleistungen erbracht hat. Das Konzept der Initiative muss in die Gestaltung der Gedenk- und Lernstätte im ehemaligen Hotel Silber einfließen. Der „Täterort an der authentischen Stelle“, dem Sitz der Gestapo, ist ein bundesweit einmaliges Konzept und ergänzt die vorhandenen Strukturen und auch das in Planung befindliche Stadtmuseum. Land, Stadt und Gemeinderat müssen ihre Verantwortung gemeinsam wahrnehmen.

Und wie halten wir es mit den **Finanzen**? Wie wollen wir unsere – zugegeben – nicht gerade kleinen Forderungen finanzieren?

Wir müssen keinen Sparhaushalt machen. Wir sind in der guten Lage, dass wir die Schwerpunkte für die künftige Stadtentwicklung setzen können ohne unverantwortliche Schulden – nämlich solche, die das Vermögen verzehren und uns in kommenden Jahren den Hals zuschnüren. Wir wollen daher Deckungsvorschläge machen, die den Haushalt solide sichern.

Die LBBW-Wohnungen mit Kredit zu finanzieren – falls wir den Zuschlag erhalten –, ist für uns denkbar, denn sie mehren das Vermögen der Stadt und durch die Mieteinnahmen amortisieren sie sich. Der Kauf dient auch der Sicherung dringend benötigter Mietwohnungen. Der Vorschlag des Oberbürgermeisters, die bisher dafür reservierten **150 Mio. Euro für Schulen und Kitas** auszugeben, ist gut. Leider hat er das Wie und Was nicht konkretisiert.

Zur **Finanzierung für Investitionen** wollen wir alle Mittel für Stuttgart 21 loseisen. Morgen wird die Bibliothek eröffnet. Das ist eine Zukunftsinvestition, die dem Lernen und der Kultur in jedem Lebensalter dient. Das Projekt S 21 ist eine Fehlinvestition, es ist keine wirkliche Verbesserung der städtischen Verkehrsstruktur. Die jährliche Zahlung von fast vier Millionen Euro an das Land und deren Weiterleitung an die Deutsche Bahn AG ist zu unterlassen, denn es gibt eine gutachterliche Feststellung, dass die Misch-Finanzierungsverträge für **S 21** verfassungswidrig sind. Die **Rückstellungen** in Höhe von 186 Mio. Euro können aufgelöst werden. Der Kauf der **Gäubahntrasse** muss rückabgewickelt werden und bringt 14 Mio. in die Kasse. Wir nehmen auch gern die 1,3 Mio., die im Doppelhaushalt für die Öffentlichkeitsarbeit für Stuttgart 21 stehen.

Für uns sind aber **fortlaufende Einnahmeverbesserungen** besonders wichtig. Nur ein Beispiel: Wenn wir 101 Mio. für den Ausbau der Kitas beschließen, brauchen wir jährlich fast 52 Mio. für das Personal und die Sachkosten. Deshalb beantragen wir, den **Gewerbesteuerhebesatz** um 30 Punkte anzuheben. Das bringt schätzungsweise 28 Mio. im Jahr. Wir halten das für zumutbar im Vergleich zu den Hebesätzen anderer großer Städte und im Hinblick auf die hervorragende Infrastruktur, die die Stadt der Wirtschaft bietet. Die IHK wirbt seit Jahren für die Ganztags-Kinderbetreuung und für Ganztagschulen. Ein Arbeitskreis der Wirtschaft mit der Arbeitsagentur weist auf vier Problemfelder hin: 1. die un- und angelernten Kräfte, 2. der Ingenieurmangel, 3. die Kinderbetreuung und -bildung und 4. die Pflege. Alle vier Aufgaben muss die Kommune schultern. Herr Küpper von Südwestmetall sieht hier vor allem die Politik in der Pflicht. Ja, wir sind in der Pflicht, aber die Wirtschaft genauso. Es geht um gesellschaftliche Aufgaben, an denen sich alle beteiligen müssen.

Unsere Haushaltsvorschläge zielen insgesamt auf das ganze Programm der Fraktionsgemeinschaft SÖS und Linke: sozial, demokratisch, ökologisch. Mit unserem Schwerpunkt „Die Stadt für alle“ wollen wir der zunehmenden Spaltung der Gesellschaft entgegenwirken – gegen soziale Ausgrenzung für mehr demokratische Beteiligung – und die nötigen Zukunftsinvestitionen sichern.

Fraktionsgemeinschaft SÖS und LINKE

Marktplatz 1

70173 Stuttgart

0711-216-1626

soesundlinke@stuttgart.de

www.stuttgart.de/soesundlinke

| | |
|---------------------------------------|------------|
| Haushaltsantrag vom 18.10.2011 | Nr. |
|---------------------------------------|------------|

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

| |
|--|
| Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion |
| SÖS und LINKE Fraktionsgemeinschaft |
| Betreff |
| Agabey-Abla Projekt des Dt.-türk. Forums absichern |

Um das Projekt "Agabey-Abla" qualifiziert fortsetzen zu können, muss bei dem Deutsch-Türkischen Forum eine Bildungsreferentenstelle geschaffen werden. Diese Personalressource würde ermöglichen, an der Entwicklung vergleichbarer Mentorenprogramme für andere Migrantengruppen mitzuarbeiten.

Wir beantragen dafür die Erhöhung der institutionellen Förderung des Deutsch-Türkischen Forums um 45.000 auf 125.000 Euro p.a.

Thomas Adler

Ulrike Küstler
stv. Fraktionsvorsitzende

Maria-Lina Kotelmann

| | |
|---------------------------------------|------------|
| Haushaltsantrag vom 18.10.2011 | Nr. |
|---------------------------------------|------------|

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

| |
|---|
| Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion |
| SÖS und LINKE Fraktionsgemeinschaft |
| Betreff |
| Eltern- und Bildungsarbeit des Forums der Kulturen in Migrantenvereinen sichern |

Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen aus Migrantenvereinen sind durch Einbindung der Eltern zu verbessern.

Das Forum der Kulturen hat mit seiner "Eltern- und Bildungsarbeit in Migrantenvereinen" dazu einen wesentlichen Beitrag geleistet.

Dieser Arbeitsschwerpunkt ist wegen des Wegfalls der Förderung durch das BAMF und die Bosch-Stiftung gefährdet.

Um ihn im erforderlichen bisherigen Umfang in Zusammenarbeit und Koordination mit dem Jugendamt weiterführen zu können, beantragen wir eine Förderung des Projekts beim Forum der Kulturen in Höhe von 35.000 Euro p.a..

Thomas Adler

Ulrike Küstler
stv. Fraktionsvorsitzende

Maria-Lina-Kotelmann

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

SÖS und LINKE Fraktionsgemeinschaft

Betreff

Mehr Stellen für Bezirksämter und Bürgerbüros

Mehr Stellen für Bezirksämter und Bürgerbüros

Die Bezirksämter sind die Ansprechpartner der Bürgerinnen und Bürger in der Stadtverwaltung. Sie und die Bürgerbüros sind das Kernstück einer dezentralen bürgernahen Verwaltung. Ihre Funktion wird derzeit durch die Personalknappheit eingeschränkt. Das führt zu Recht zu Beschwerden.

Die Bezirksämter brauchen Verstärkung, um neben der Sacharbeit auch wirklich als Anlaufstelle zu funktionieren. Teilweise können sie aber wegen fehlender Stellen nicht einmal die Urlaubsvertretungen sicherstellen. Hier muss Abhilfe geschaffen werden, um die Bürgernähe der Stadtverwaltung zu sichern und um die Überlastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter abzubauen.

Bei den Bürgerbüros wurden nur zwei Stellen geschaffen für die Bearbeitung der neuen Personalausweise. Diese reichen aber bei weitem nicht aus, um den erhöhten Arbeitsumfang auszugleichen. Auch Parkausweise müssen ausgegeben werden. Überstunden und Krankheitsmeldungen sind an der Tagesordnung.

Wir beantragen:

1. Bezirksämter, die weniger als zwei Vorzimmerbeschäftigte haben, erhalten jeweils eine halbe Stelle.
2. In den Bürgerbüros werden neun neue Stellen geschaffen.

Ulrike Küstler
stv. Fraktionsvorsitzende

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

| | |
|---------------------------------------|------------|
| Haushaltsantrag vom 18.10.2011 | Nr. |
|---------------------------------------|------------|

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

| |
|---|
| Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion |
| SÖS und LINKE Fraktionsgemeinschaft |
| Betreff |
| Nachhaltige Integrationspolitik sicherstellen |

Würden die Regeldienste der Stadt alle Bevölkerungsgruppen erreichen und versorgen, wären viele im Internationalen Ausschuss vorgestellte und beratene Kampagnen und Projekte nicht notwendig.

Da Migranten aber nach wie vor eine strukturell benachteiligte Bevölkerungsgruppe darstellen, ist für eine nachhaltig wirksame Intergrationspolitik eine bessere personelle Ausstattung der Stabsabteilung für Integrationspolitik (S-IP) erforderlich.

Bei S-IP sind deshalb 5 neue Planstellen zu schaffen:

- 2,5 befristete Projekt-Mitarbeiterstellen müssen dafür in unbefristete Stellen umgewandelt werden,
- 2,5 Stellen sind zusätzlich zu schaffen.

Thomas Adler

Ulrike Küstler
stv. Fraktionsvorsitzende

Maria-Lina Kotelmann

| | |
|---------------------------------------|------------|
| Haushaltsantrag vom 18.10.2011 | Nr. |
|---------------------------------------|------------|

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

| |
|--|
| Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion |
| SÖS und LINKE Fraktionsgemeinschaft |
| Betreff |
| Nachhaltige Integrationspolitik: Aufstockung des Projektetats von S-IP |

Zur Sicherung einer nachhaltig wirksamen Integrationspolitik ist neben der beantragten Stellenschaffung eine Erhöhung des Projektetats um 60.000 auf 120.000 Euro p.a. erforderlich, um die zentralen integrationspolitischen Zielsetzungen und Aufgaben von S-IP fortführen und ausbauen zu können, wie u.a.:

- Weiterentwicklung der Entwicklungszusammenarbeit von Migrantenorganisationen
- Unterstützung von Stadtteilinitiativen, Migrantenvereine
- Ausweitung der politischen Bildung v.a. an Haupt- und Werkrealschulen
- Fortführung der individuellen Lernbegleitung im Übergang Schule - Beruf für benachteiligte Jugendliche
- Förderung von Sprachkompetenz: z.B. "Mama lernt deutsch"

Thomas Adler

Ulrike Küstler
stv. Fraktionsvorsitzende

Maria-Lina Kotelmann

| | |
|---------------------------------------|------------|
| Haushaltsantrag vom 18.10.2011 | Nr. |
|---------------------------------------|------------|

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

| |
|---|
| Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion |
| SÖS und LINKE Fraktionsgemeinschaft |
| Betreff |
| Personalgewinnung und Personalbindung: Übernahme der Auszubildenden in unbefristete Arbeitsverhältnisse |

Die 134 städtischen Auszubildenden (Durchschnitt 2009/2010) mit erfolgreichem Abschluss stellen angesichts der demografischen Entwicklung eine wichtige Personal- und Qualifikationsressource für die Stadt Stuttgart dar. Die bisherige Praxis nur befristeter Übernahme von Auszubildenden ist deshalb in der Stadtverwaltung und den Eigenbetrieben einzustellen. Auszubildende sind nach Abschluss der Ausbildung vielmehr in unbefristete Arbeitsverhältnisse zu übernehmen.

Thomas Adler

Ulrike Küstler
Stv. Fraktionsvorsitzende

Gangolf Stocker

| | |
|---------------------------------------|------------|
| Haushaltsantrag vom 18.10.2011 | Nr. |
|---------------------------------------|------------|

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

| |
|-------------------------------------|
| Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion |
| SÖS und LINKE Fraktionsgemeinschaft |
| Betreff |
| Automatenbesteuerung anheben |

Automatenbesteuerung anheben

Die Stadt ist an vielen Fronten mit der Wucherung an Spielhallen und der Aufstellung von Glückspielautomaten politisch befasst. Selbst vor Kulturdenkmälern wie dem Bahnhof Untertürkheim machen die Geschäftemacher keinen Halt. Knapp 2.900 angemeldete Glückspielautomaten in 1.300 Spielhallen, aber auch in Gaststätten, Wettbüros und an anderen öffentlichen Orten zeigen das Ausmaß der Problematik. In der Regel liegt der Erlös pro Spielgerät mit Gewinnmöglichkeit monatlich zwischen 2.000 und 5.000 Euro.

Da eine Verschärfung der gesetzlichen Rahmenbedingungen was Automatenzahl, maximaler Wetteinsatz und Wetterlös betrifft unter den Landesfachministern diskutiert wird, dieser Diskussionsprozess jedoch noch andauert, fordern wir als Sofortmaßnahme die Anhebung der prozentualen Besteuerung auf das zulässige Maximum. Zudem sehen wir in der Anhebung der Mindestsätze eine abschreckende Wirkung, insbesondere für gastronomische Betriebe in denen schließlich Familien mit Kindern verkehren.

Wir beantragen daher:

Die Anhebung der Besteuerung von Spielgeräten mit Gewinnmöglichkeit auf 25 % (Nettokasse) und die Anhebung des Mindestsatzes auf 200 Euro für Spielhallen und 200 Euro für Gaststätten und anderen Orten anzusetzen.

Ulrike Küstler
stv. Fraktionsvorsitzende

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

| | |
|---------------------------------------|------------|
| Haushaltsantrag vom 18.10.2011 | Nr. |
|---------------------------------------|------------|

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

| |
|--|
| Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion |
| SÖS und LINKE Fraktionsgemeinschaft |
| Betreff |
| Gewerbsteuer erhöhen = ein Deckungsvorschlag |

Gewerbsteuer erhöhen = ein Deckungsvorschlag

Die Stadt Stuttgart ist nach wie vor darauf angewiesen, dass sich alle in der Stadt angemessen nach ihrer finanziellen Leistungskraft an der Finanzierung der städtischen Aufgaben beteiligen. Die Aufgaben der Stadt wachsen. Wir weisen beispielhaft auf die Bereiche Schulen, Kitas und Horte, soziale Aufgaben hin. In den letzten Haushaltsberatungen wurden durch die Erhöhung der Grundsteuer auch die privaten Haushalte stark gefordert. Die Gewerbsteuer wurde nicht erhöht. Die Situation der Produktions- und Gewerbebetriebe ist trotz der Finanzkrise stabil. Im Vergleich der Großstädte liegt Stuttgart mit seinem Gewerbsteuer-Hebesatz noch im unteren Bereich, obwohl die städtischen Infrastrukturleistungen sehr hoch sind.

Wir beantragen:

Der Gewerbsteuerhebesatz in Stuttgart wird um 30 Prozentpunkte erhöht.

Ulrike Küstler
stv. Fraktionsvorsitzende

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

SÖS und LINKE Fraktionsgemeinschaft

Betreff

Initiative zur Einrichtung eine City-Maut zur Gegenfinanzierung bezahlbaren Nahverkehrs

Ohne bezahlbaren öffentlichen Nahverkehr ist für viele Menschen und gerade Kinder und Jugendliche die soziale und kulturelle Teilhabe in unserer Stadt gefährdet. Deswegen haben wir in den Anträgen "Mobilität sichert Teilhabe" und "Freie Fahrt bei Hort- und Schulveranstaltungen" Mindestanforderungen für den Öffentlichen Verkehr für eine Stadt für alle formuliert.

Grundsätzlich muss jedoch darüber nachgedacht werden, wie zusätzlich dazu die ewige Preisspirale im Mischverbund VVS gestoppt und zurückgedreht werden kann. Mit den Einnahmen aus einer City-Maut für Stuttgart könnte nicht nur das jährliche Defizit der SSB von rund 20 Mio. Euro, sondern auch weitere Ticket-Vergünstigungen gegenfinanziert werden. Bis jetzt sind unsere Überlegungen in Richtung City-Maut immer mit dem Hinweis einer fehlenden Landesgesetzgebung blockiert worden.

Deswegen nehmen wir die jüngsten Überlegungen unseres Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann zum Anlass, die Stadtverwaltung zu beauftragen eine City-Maut-Initiative zu starten.

Wir beantragen:

1. Die Stadtverwaltung beantragt bei der Landesregierung die Einrichtung einer City-Maut für Stuttgart.
2. In Abstimmung mit der Landesregierung wird hierzu ein Konzept für eine City-Maut erarbeitet.
3. Nach Genehmigung durch das Land werden die erzielten Einnahmen zur Deckung des SSB-Defizits, zur Deckung der Mehrausgaben für ein Sozialticket und anschließend zur allgemeinen Ticketpreisreduzierung verwendet.

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Ulrike Küstler
stv. Fraktionsvorsitzende

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

SÖS und LINKE Fraktionsgemeinschaft

Betreff

Sozialbindung der Stadtwerke und Bestellung eines Energiebeirats

Sozialbindung der Stadtwerke und Bestellung eines Energiebeirats

1. Seit 2006 gilt die Grundversorgungsverordnung der EU, nach der einkommensschwache Haushalte einen Anspruch auf Zugang zu Licht, Heizung und warmes Wasser haben. Trotzdem droht zahlungssäumigen Bürgerinnen und Bürgern die Sperrung ihrer Anschlüsse. Die EU-Richtlinie (2003/54/EG) zum Elektrizitätsbinnenmarkt schreibt vor, dass benachteiligte Stromkunden zu schützen sind. Nach Angaben der Verbraucherzentralen sind bundesweit jährlich 800.000 Haushalte von Stromsperrungen bedroht. Dies erfolgt entgegen der EU-Grundversorgungsverordnung und soll in der Geschäftstätigkeit des Stuttgarter Stadtwerks prinzipiell ausgeschlossen werden.

Viele einkommensschwache Bürgerinnen und Bürger nutzen veraltete, Energie fressende Geräte und leben in unzureichend wärmedämmten Wohnungen. Wir sehen hier eine besondere Verantwortung kommunaler Stadtwerke, beispielsweise Energie-Contracting-Maßnahmen für bedürftige Haushalte zu entwickeln. Viele Haushalte verfügen nicht über die Möglichkeit, energiehungrige Altgeräte durch effiziente Neugeräte ersetzen. Dadurch wächst die Last der Nebenkosten zu den ohnehin stetig steigenden Mieten. Auch aufsuchende kostenlose Energieberatungen sollten für diese Gruppe bedürftiger Haushalte angeboten werden.

2. Wir gehen davon aus, dass Stadtwerke nur durch die Einbindung der Bürgerschaft gelingen können. Dazu dient ein Energiebeirat. Das bürgerschaftliche Know-How und ehrenamtliche Engagement sollte in den Prozess einfließen, aber auch die Erfahrungen aus Wissenschaft, Wirtschaft, Verbänden und Verbraucherschutz sind zu berücksichtigen.

Wir beantragen:

1. Die neu gegründeten Stadtwerke der Landeshauptstadt Stuttgart erhalten eine Sozialcharta, die ihre Geschäftstätigkeit mit einem Auftrag zur Daseinsvorsorge und energetischen Grundsicherung verbindet. Die Verwaltung legt hierzu einen

Entwurf einer Sozialcharta zur weiteren Beratung vor. Enthalten sein soll dort u.a. die Anerkennung der EU-Grundversorgungsverordnung nach der einkommensschwache Haushalte einen Anspruch auf Zugang zu Licht und Heizung haben und damit auf Strom- und Gassperren grundsätzlich verzichtet wird.

2. Es wird ein Energiebeirat mit beratender Funktion zum Aufsichtsrat und der Geschäftsleitung der Stadtwerke berufen. Dort sollen Vertreter der Verbraucherzentrale, des Handwerks, der Wissenschaft, der Umweltverbände und der Bürgerinitiativen die Gründung und Geschäftstätigkeit der Stadtwerke begleiten.

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Ulrike Küstler
stv. Fraktionsvorsitzende

Gangolf Stocker

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Adler Thomas (SÖS und LINKE), Kotelmann Maria (SÖS und LINKE), Rockenbauch Hannes (SÖS und LINKE), Stocker Gangolf (SÖS und LINKE)

Betreff

Umstieg auf OpenSource-Software in der Stadtverwaltung prüfen

Der Münchner Stadtrat gab 2004 den Startschuss, die 14.000 Arbeitsplatzrechner der Stadt unter dem Projektnamen „LiMux“ auf OpenSource-Software (OSS) umzustellen. Seitdem erfolgt fortlaufend der Umstieg auf einen einheitlichen Linux Basisclient, die Umstellung von Fachverfahren auf webbasierte Lösungen bzw. native Linux-Lösungen und die Konsolidierung und Vereinheitlichung der Anwendungen. Bereits jetzt wurden 6.900 Arbeitsplätze auf den Linux-Client umgerüstet, weitere 15.000 Arbeitsplätze nutzen freie Software. Seit Jahresende 2009 nutzt die Münchner Stadtverwaltung flächendeckend das OpenDocument Format (ODF) für alle Bürodokumente. Der offene Standard gewährleistet, dass noch in Jahrzehnten ein Zugriff möglich ist, während Formate wie doc, xls und ppt längst nicht mehr lesbar sind. Die Umstellung auf freie Software ist ein konsequenter Schritt zu mehr Offenheit und Unabhängigkeit von einzelnen Softwareherstellern. Zudem dämpft es nachhaltig die Kosten für Softwarelizenzen und macht die Stadtverwaltung unabhängiger von Entwicklungen der Softwarebranche. Als weiterer strategischer Punkt ist die höhere IT-Sicherheit zu werten, die das differenzierte Rechtesystem von Linux-Distributionen ermöglicht. Die Stuttgarter Bürgerinnen und Bürger haben im Rahmen des ersten Bürgerhaushaltes 2011 dem Ziel, den Einsatz freier Software voranzubringen, ihr Vertrauen ausgesprochen.

Auch wir halten es langfristig für erstrebenswert auf Open-Source-Lösungen umzusteigen und sehen ein fundiertes und ergebnisoffenes Prüfverfahren als ersten Schritt in diese Richtung an.

Wir beantragen daher:

1. Die Verwaltung prüft im Rahmen einer Client-Studie die Migration der städtischen IT auf OpenSource-Software und beschreibt die Chancen und Risiken hinsichtlich technischer Machbarkeit, Wirtschaftlichkeit und einer städtischen IT-Strategie für die Zukunft.

2. Die Verwaltung beschreibt die Vorzüge hinsichtlich der IT-Sicherheit durch eine

Migration der Arbeitsplätze auf Linux.

3. Die Verwaltung prüft die Adaption des LiMux-Migrationsprozess in München und die Anknüpfung an dortige IT-Lösungen und Erfahrungswerte.

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Maria-Lina Kotelmann

| | |
|---------------------------------------|------------|
| Haushaltsantrag vom 18.10.2011 | Nr. |
|---------------------------------------|------------|

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

| |
|-------------------------------------|
| Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion |
| SÖS und LINKE Fraktionsgemeinschaft |
| Betreff |
| Waffenbesitzsteuer einführen |

Waffenbesitzsteuer einführen

Die Bemühungen der Kommunen zur Reduzierung von Waffen in Privathaushalten nach dem Amoklauf in Winnenden zeigen deutliche Wirkung. Viele Besitzer geben Waffen und Lizenzen zurück. Jedoch zeigt sich bei den Kontrollen, dass teilweise in mehr als der Hälfte der Fälle Beanstandungen auszusprechen sind. Vielfach gibt es eine nicht akzeptable Nachlässigkeit auf Seiten der Besitzer.

Die Waffenbesitzsteuer soll zum einen der Einnahmeerzielung dienen und zum anderen die Zahl der in Stuttgart registrierten Waffen reduzieren. Das dient auch der Verbesserung der öffentlichen Sicherheit, denn jede Waffe kann missbräuchlich verwendet werden. Die Verwaltung rechnet in der GRDRs 281/2010 mit einem Verwaltungsaufwand von max. 150.000 Euro, da die Veranlagung der Waffenbesitzsteuer auf Grundlage des nach Bundesrecht in jedem Fall einzurichtenden automatisierten Waffenregisters erfolgen kann. Schätzungsweise verbleiben nach Berücksichtigung der Ausnahmetatbestände und nach Abzug des Verwaltungsaufwands 1,5 Mio. Euro an jährlichen Erlösen für den Stadthaushalt.

Wir beantragen daher:

1. Die Stadt Stuttgart erhebt gemäß Kommunalabgabengesetz eine Waffenbesitzsteuer als Aufwandssteuer. Die Verwaltung wird beauftragt, die rechtlichen und organisatorischen Voraussetzungen zu schaffen und eine Steuersatzung zur Beschlussfassung vorzulegen.
2. Die Landeshauptstadt bemüht sich um eine einheitliche regionsweite Regelung zur Besteuerung von Waffen.

Ulrike Küstler
stv. Fraktionsvorsitzende

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

SÖS und LINKE Fraktionsgemeinschaft

Betreff

Weiterentwicklung des Bürgerhaushalts

Wir beantragen:

1. Für einen umfassenden Beteiligungsprozess von Stadtverwaltung, Experten sowie Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen des Bürgerhaushalts werden die dazu nötigen zusätzlichen Mittel in den Haushalt 2012/13 eingestellt.
2. Die Stadtverwaltung konzipiert eine Weiterentwicklung des Bürgerhaushalts im Sinne der Dezentralisierung in die Stadtbezirke, der mitschreitenden Haushaltskontrolle und der Öffnung des Prozesses für Migrantinnen und Migranten, Kinder und Jugendliche sowie Menschen mit Behinderungen im Sinne der Barrierefreiheit.

Begründung:

Die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an den Belangen ihrer Kommune wird auf Dauer die Solidarität zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen verbessern, die Lebensqualität insbesondere der Schwachen unserer Gesellschaft erhöhen und Lobbyismus und Korruption mindern. Ausschlaggebend für das Gelingen der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an der Haushaltsplanaufstellung, -durchführung und -kontrolle ist aus Sicht der Fraktionsgemeinschaft SÖS und LINKE die gute Beteiligung am politischen Entscheidungsprozess und ein transparentes Verfahren.

Wir legen besonderen Wert darauf, dass

- in allen Phasen die aktive Teilnahme der Einwohnerinnen und Einwohner an den Entscheidungsprozessen und der Schwerpunktsetzung gesichert ist;
- eine umfassende und problemorientierte Information der Bevölkerung über die zur Verfügung stehenden Mittel sowie die eigentlich anstehenden Aufgaben erfolgt;
- alle Möglichkeiten für eine breite Teilnahme der Bevölkerung geschaffen werden, wobei auch die Stadtbezirksebene berücksichtigt werden muss.

Der im Vorfeld dieser Haushaltberatungen stattgefundene Bürgerhaushalt kann nur ein Anfang gewesen sein. Die Weiterentwicklung des Stuttgarter Bürgerhaushalts ist nicht nur eine Aufgabe für die Stadtverwaltung und von Experten, genauso wichtig ist es die Bürgerinnen und Bürger an diesem Prozess teilhaben zu lassen. Der dazu nötige

Beteiligungsprozess sollte unter anderem helfen Antworten auf folgende Fragen zu finden:

- Wie kann der Stuttgarter Bürgerhaushalt von einer Art "Online-Umfrage" zu einem wirklichen Beteiligungshaushalt weiterentwickelt werden?
- Wie können dazu konkret Orte des diskursiven Verhandels entwickelt werden, die dazu einladen eine gemeinsamen Aushandlungsprozess über die knappen städtischen Ressourcen zu initiieren?
- Wie kann der Bürgerhaushalt besser mit den dezentralen Ebene der Stadtteilen und den Bezirksbeiräten als wichtige kommunalpolitische Akteure verzahnt werden?
- Wie kann sichergestellt werden, dass mit dem Bürgerhaushalt alle Bürgerinnen und Bürger erreicht werden? Welche ergänzenden Offline-Formate sind dazu notwendig?
- Wie kann die Online-Beteiligung technisch weiterentwickelt werden?

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Ulrike Küstler
stv. Fraktionsvorsitzende

| | |
|---------------------------------------|------------|
| Haushaltsantrag vom 18.10.2011 | Nr. |
|---------------------------------------|------------|

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

| |
|-------------------------------------|
| Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion |
| SÖS und LINKE Fraktionsgemeinschaft |
| Betreff |
| Ankauf von Belegungsrechten |

Die Zahl der Wohnungen in Sozialbindung nimmt in den nächsten Jahren drastisch ab. Dieser subventionierte Wohnraum ist jedoch notwendig angesichts der konstant hohen Zahl von Haushalten in der Notfallkartei und den vielen Stuttgarter Haushalten in relativer Armut. Subventionierter Wohnraum ist für eine Stadt mit hohen und stetig steigenden Mieten ein wichtiger Baustein für den sozialen Zusammenhalt. Die Kosten für den Kauf von 150 Belegungsrechten belaufen sich auf 3,6 Millionen Euro pro Jahr.

Wir beantragen daher:

Die Stadt erwirbt 150 Belegungsrechte pro Jahr.

Hannes Rockenbauch

Ulrike Küstler

Gangolf Stocker

| | |
|---------------------------------------|------------|
| Haushaltsantrag vom 18.10.2011 | Nr. |
|---------------------------------------|------------|

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

| |
|--|
| Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion |
| SÖS und LINKE Fraktionsgemeinschaft |
| Betreff |
| Grundstücksverkehr als Mittel zu einer Bodenvorratspolitik |

Für den Grundstücksverkehr des Amtes für Liegenschaften und Wohnen muss künftig das Ziel einer Bodenvorratspolitik für die Entwicklung des Wohnungsbaus, der Ansiedlung von Gewerbe und Dienstleistungen, der Realisierung von Gemeinbedarfsvorhaben und der Steuerung von Quartierentwicklungen gelten.

Immobilien/Grundstücke aus diesem so entstehenden Fonds können nur für die eben genannten Ziele getauscht oder verkauft werden, wobei beim Verkauf stets vorrangig die Möglichkeit der Erbpacht geprüft werden muss.

Der Kauf von Grundstücken/Immobilien ist immer dort geboten, wo die LHS mit einem solchen Kauf die Realisierung der o.g. Ziele anstrebt.

Die Wertgrenzen zur Vorlage an die gemeinderätlichen Gremien sind auf 250.000 Euro herabzusetzen. Vor der Ausschreibung von Grundstücken/Immobilien zum Verkauf oberhalb dieser Wertgrenzen ist eine Zustimmung des Ausschusses für Wirtschaft und Wohnen einzuholen.

Gangolf Stocker

Hannes Rockenbauch

Maria-Lina Kotelmann

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

SÖS und LINKE Fraktionsgemeinschaft

Betreff

Kauf des Aurelis-Geländes in Vaihingen

Wir beantragen, Aurelis ein Kaufangebot für das für den FOB einmal vorgesehene Gelände in Vaihingen zu machen und den erforderlichen Kaufpreis in den Haushalt zu stellen.

Begründung:

Das Gewerbegebiet Vaihingen/Möhringen, der sog. "Synergiepark" ist das größte Gewerbegebiet Stuttgarts. In den Jahren 1992/93 wurden die Bebauungspläne "Wallgraben West" (Vaihingen) und "Wallgraben Ost" (Möhringen) aufgestellt. Sie sehen eine Verdoppelung sowohl der Baumassen als auch der Zahl der Arbeitsplätze vor. Von dem Baurecht, das nach diesen Bebauungsplänen besteht, wurde bisher nur ein Teil genutzt. Wie es aussieht, wenn entsprechend diesem bestehenden Baurecht "verdichtet" wird, kann man am Regierungspräsidium und an der Blockbebauung entlang der Liebknechtstraße und am "Colorado-Platz" besichtigen. Dort standen vorher in lockerer Bebauung meist 1-2 stöckige Lagerhallen.

Vor 2 Jahren wurde für das Geltungsgebiet der beiden Bebauungspläne (Wallgraben West und Ost) ein Bebauungsplanänderungsverfahren eingeleitet mit dem Ziel, keinen weiteren Einzelhandel im gesamten Geltungsbereich zuzulassen. Um zu verhindern, dass während des laufenden Verfahrens Baugenehmigung für Einzelhandel erteilt werden müssen, wurde eine Veränderungssperre verhängt. Diese wurde aktuell noch einmal um 2 Jahre verlängert. Das Aurelis-Gelände ist von diesen Bebauungsplänen nicht erfasst.

Das Baugelände liegt in einer Frischluftschneise, die sich von der Rohrer Höhe entlang der Bahnlinie über Kaltental in die Innenstadt erstreckt. Ein Gutachten zu den klimatischen Auswirkungen der von Aurelis vorgeschlagenen Bebauung wurde von Aurelis - entgegen wiederholten Versprechungen - bis heute nicht vorgelegt.

Wer heute neue Bauungen beschließt, kann dies nicht mehr ohne Berücksichtigung der Klimaziele von Bund, Stadt und Land tun. Es ist daher zwingend eine CO2-Bilanz zu erstellen.

Aurelis sieht weiterhin Einzelhandel-Ansiedlung (z.B. Bio-Supermarkt) vor. Dies widerspricht den erklärten Zielen aller Gemeinderatsfraktionen.

Im Geltungsbereich vor allem des Bebauungsplanes Wallgraben West (also direkt an Aurelis angrenzend) stehen aktuell große Gelände leer, die auf eine Bebauung warten und die bereits Baurecht für eine dichte Bebauung mit bis zu 6 Stockwerken haben: Gelände

örtl. Aurelis an der Kupferstraße, ehemaliges Lauser-Gelände südöstlich des Aurelis-Geländes, Gelände der ehemaligen Holzhandlung Berner an der Industriestraße. Das riesige Kaut & Bux - Gelände entlang der Industriestraße - heute im Besitz von KNO ist bisher mit 1- bis maximal 3-stockigen Fabrikhallen bebaut. Auch dafür besteht Baurecht für bis zu 6 Stockwerke in verdichteter Bauweise. Es ist bekannt, dass KNO von Vaihingen weg nach Erfurt umsiedeln wird. Es ist absehbar, dass die gesamten KNO-Immobilien zum Verkauf stehen werden, und zwar zu einem Preis entsprechend dem bestehenden Baurecht.

Würde der Gemeinderat jetzt den Aurelis-Plänen zustimmen, weil ihre Bebauung für sich genommen viel ansprechender und auch umverträglicher ist als alles, was bisher im Gewerbegebiet neu entstanden ist und das Gelände zudem direkt am Bahnhof liegt, so stünde er demnächst unter dem Zwang - entgegen aller seiner Bemühungen, den Individualverkehr zu beschränken, den weiteren Bauvorhaben im Gewerbegebiet, die er nicht mehr beeinflussen kann, weil bereits Baurecht besteht, Straßen hinterher zu bauen. Und bei aller immer wieder beschworenen guten ÖPNV-Anbindung des Gewerbegebiets Vaihingen/Möhringen darf nicht übersehen werden, dass derzeit 75% der Beschäftigten im Gewerbegebiet mit dem PKW zur Arbeit kommen.

Aus all diesen Gründen ist es geboten, dieses Gelände zu kaufen und mit den Bürgern zusammen Vorstellungen zu entwickeln, wie die weitere Entwicklung sein soll.

Gangolf Stocker

Hannes Rockenbauch

Tom Adler

| | |
|---------------------------------------|------------|
| Haushaltsantrag vom 18.10.2011 | Nr. |
|---------------------------------------|------------|

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

| |
|-------------------------------------|
| Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion |
| SÖS und LINKE Fraktionsgemeinschaft |
| Betreff |
| Mittel für Bäderkonzept |

Im Bäderausschuss wurde in den letzten beiden Jahren offensichtlich: Die Bäder sind teils stark sanierungsbedürftig und jedes Jahr wird ein hoher zweistelliger Millionenbetrag als Defizit ausgewiesen. Die Tarifstruktur ist z.T. uneinheitlich und benachteiligt sozial benachteiligte Schichten.

Im Bäderausschuss wurde dieses Jahr ein Gutachten vorgestellt. Dabei handelt es sich um eine Bestands-/Situationsanalyse. Wie der Gutachter bei der Präsentation selbst sagte, war es nicht seine Aufgabe, Visionen zu erarbeiten.

Visionen und Planungen über mehrere Jahre hinaus wären nun jedoch äußerst wichtig.

In einem zukunftsorientierten Bäderkonzept müssen Antworten auf folgende Hauptfragen gegeben werden:

- Wo wollen wir mit unseren Bädern hin, welche Bäder sollen sich wie entwickeln, wie sieht ein eventuelles Sportbad aus?
- Wie kann sichergestellt werden, dass Kinder und Jugendliche in allen Teilen der Stadt in erreichbarer Nähe ein akzeptables Bad haben, um Schwimmen zu lernen?
- Wie könnten Kooperationen der Randbezirke mit den Umlandgemeinden gestaltet werden?

Die Studie selbst sollte so gegliedert sein, dass sie Antworten auf folgende Detailfragen gibt

- Welche Ziele in baulicher, betriebstechnischer, in organisatorischer und administrativer Hinsicht werden anvisiert? Wie gestalten sich die finanziellen Kosten der einzelnen Projekte, Etappen, Bausteine?
- Was und wie soll saniert werden? Was kann (soll) erhalten bleiben? Was soll neu entstehen?
- Welche Prioritäten müssen gesetzt werden? Welche Etappen, welche Bausteine sind denkbar und machbar? Welcher Zeithorizont wird benötigt?
- Welche Angebotspalette, welches Dienstleistungsangebot ist machbar und wird angestrebt? Wie könnte hierfür ein Marketingkonzept aussehen?
- Wie können die Bürgerinnen und Bürger, die Nutzer an diesem Prozess der Erneuerung mit einbezogen und beteiligt werden?

Desweiteren muss auch über die künftige Struktur der Eintrittspreise nachgedacht werden. So wäre es vorstellbar, z.B. Früh-, Tages-, Abendtarife für alle Bäder anzubieten und/oder für Mineral-, Hallen- und Freibäder spezielle, bezahlbare Tarife auszuarbeiten.

Wir beantragen ausreichend Mittel für ein Bäderkonzept in den neuen Doppelhaushalt einzustellen.

Maria-Lina Kotelmann

Ulrike Küstler

stv. Fraktionsvorsitzende

Gangolf Stocker

Thomas Adler

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

SÖS und LINKE Fraktionsgemeinschaft

Betreff

Sozialen Wohnungsbau intensivieren

Sozialen Wohnungsbau intensivieren

Die Zahl der sozial gebundenen Mietwohnungen in Stuttgart ist im Vergleich deutscher Großstädte gering und durch gestrichene Fördertätigkeit stark rückläufig. Das Amt für Liegenschaften und Wohnen spricht in einer Prognose von einem durchschnittlichen jährlichen Verlust von 450 Wohneinheiten aus der Sozialbindung, während jährlich ca. 100 Wohneinheiten mit Sozialbindung hinzukommen. Jedoch wurden in 2010 gerade einmal 28 Wohneinheiten für Bedürftige errichtet. Immer wieder kommt es zu Umschichtungen im Haushalt zugunsten anderer Fördermaßnahmen im Preiswerten Wohneigentum, dem Familienbauprogramm und der energetischen Sanierung. Über 3.100 Haushalte in Stuttgart finden sich in der Notfallkartei wieder und sind dringend auf subventionierten Wohnraum angewiesen, insbesondere angesichts der stetig steigenden Mieten. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen nimmt auch bedingt durch die Wirtschaftskrise weiter zu. Die Stadt trägt die politische Verantwortung dafür, die Unterversorgung mit bezahlbarem Wohnraum zu beseitigen. Dem Stuttgarter Innenentwicklungsmodell muss als Konsequenz eine deutlich erhöhte Wohnbauförderung für bezahlbaren Mietwohnraum folgen. Durch den Einsatz von 15 Mio. Euro könnten jährlich ca. 500 Wohneinheiten gefördert werden. Um in ausreichender Zahl Flächen zur Verfügung zu stellen, verweisen wir an dieser Stelle auf unseren Antrag zu Gründung eines Bodenfonds.

Wir beantragen daher:

1. Die Haushaltsposition Sozialmietwohnungen im Rahmen der Wohnbauförderung wird auf 15 Millionen Euro angehoben.
2. Die Haushaltsposition wird ausschließlich für den Sozialmietwohnungsbau bereitgestellt und kann nicht auf andere Förderprogramme umgeschichtet werden.

Ulrike Küstler
stv. Fraktionsvorsitzende

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

| | |
|---------------------------------------|------------|
| Haushaltsantrag vom 18.10.2011 | Nr. |
|---------------------------------------|------------|

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

| |
|--|
| Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion |
| SÖS und LINKE Fraktionsgemeinschaft |
| Betreff |
| Lebensmittelüberwachung und Veterinärwesen stärken. Kleine Maßnahme, große Hilfe |

Die Dienststelle „Lebensmittelüberwachung, Veterinärwesen“ kann bereits heute aufgrund der geringen Zahl von Kontrolleuren und Amtstierärzten die Betriebskontrollen und risikoorientierte Überwachungen von Lebensmittelbetrieben nicht in vorgegebenem Umfang erfüllen. Eine derzeitige Kontrollquote von unter 50 % ist angesichts der vielen Skandale im Lebensmittelsektor und den möglichen Auswirkungen der Reaktorschmelze in Fukushima auf importierte Lebensmittel dauerhaft nicht akzeptabel. Die ca. 11.000 Stuttgarter Betriebe konnten zudem noch nicht risikobeurteilt werden. Der Jahresbilanz 2010 ist zu entnehmen, dass die Besetzung offener Stellen schwierig ist. Die hohen Lebenshaltungskosten der Landeshauptstadt wirken wie auch in anderen Bereichen abschreckend auf mögliche Bewerber. Die Lage wird sicher erst entspannen, wenn seitens des Landes mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden und ausreichend Kontrolleure ausgebildet wurde.

Wir beantragen daher:

1. Eine weitere unbefristete volle Stelle Verwaltungsangestellte/r einzurichten.
2. Die Gewährung eines Zuschusses/Stipendiums für Auszubildende im Bereich Lebensmittelkontrolleur/in während der zweijährigen Ausbildungszeit und eine Übernahmegarantie auf 2 Jahre.

Hannes Rockenbauch
Stocker

Ulrike Küstler

Gangolf

| | |
|---------------------------------------|------------|
| Haushaltsantrag vom 18.10.2011 | Nr. |
|---------------------------------------|------------|

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

| |
|--|
| Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion |
| SÖS und LINKE Fraktionsgemeinschaft |
| Betreff |
| Deckung Sondereinflüsse im Haushalt der Branddirektion |

Sparen am falschen Ort - und das wäre die Branddirektion - kann sich im Ernstfall verheerend auswirken. Um die zwingend notwendigen Mehrkosten der Branddirektion für Einsatz- und Verbrauchsmittel u.ä., Beschaffung und Wartung von Einsatzgeräten und -beladungen u.ä. zu finanzieren, werden für 2012 107.000 Euro und für 2013 307.000 Euro in den Haushalt der Branddirektion eingestellt.

Gangolf Stocker

Hannes Rockenbauch

Tom Adler

| | |
|---------------------------------------|------------|
| Haushaltsantrag vom 18.10.2011 | Nr. |
|---------------------------------------|------------|

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

| |
|--|
| Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion |
| SÖS und LINKE Fraktionsgemeinschaft |
| Betreff |
| Zusätzliche Stellen für die Branddirektion |

Sparen am falschen Ort - und das wäre die Branddirektion - kann sich im Ernstfall verheerend auswirken. Daher sind die z.T. bereits für den letzten Doppelhaushalt beantragten Stellen jetzt in den Haushalt 2012/2013 einzustellen.

1 Stelle in A12 für das Sachgebiet Personal- und Organisation in der Abteilung 1
0,5 Stelle in EG 10 zur Ausbildung/Qualitätssicherung in der Integrierten Leitstelle
1 Stelle in A10 für die Verwaltungsabteilung/Sachbearbeiter für Anlagenverrechnung und Kostenkalkulation
0,25 Stelle in A12 für die Verwaltungsabteilung
1 Stelle von A13 hD nach A14 hD für Stellvertretender Abteilungsleiter VB

Begründung: Informationen der Branddirektion/Stand 26.09.2011

Gangolf Stocker

Hannes Rockenbauch

Tom Adler

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

SÖS und LINKE Fraktionsgemeinschaft

Betreff

Bauliche Maßnahmen an den Schulen

Bauliche Maßnahmen an den Schulen

Der Gemeinderat hat u.a. im Unterausschuss Schulsanierungen lange über die erforderlichen Maßnahmen und die erforderlichen Mittel für Investitionsmaßnahmen und Planungsmittel diskutiert. Im Interesse der Schülerinnen und Schüler, die nicht in maroden Schulen lernen sollen, und im Interesse der Substanzerhaltung des städtischen Vermögens müssen die Sanierungs- und Baumaßnahmen mit Nachdruck fortgesetzt werden.

Wir beantragen daher, dass das gesamte Paket, wie es in GRDRs 403/2011 vom Schulverwaltungsamt zusammengefasst ist, realisiert wird.

| | |
|---|-------------------|
| 1. Mehrkosten für drei Bauvorhaben | 0,758 Mio. Euro, |
| 2. begonnene oder in Planung befindliche Vorhaben | 42,300 Mio. Euro, |
| 3. Maßnahmen des Schulentwicklungsplans - Planungsmittel | 0,500 Mio. Euro, |
| 4. bereits absehbare Maßnahmen des Schulentwicklungsplans | 2,477 Mio. Euro, |
| 5. Ausbau von Ganztagschulen | 69,000 Mio. Euro, |
| 6. Planungsmittel und Maßnahmen an beruflichen Schulen | 23,000 Mio. Euro, |
| 7. Planung und Umsetzung von Horten | 5,822 Mio. Euro, |
| 8. Planung von Schulsporthallen | 1,770 Mio. Euro, |
| 9. Brandschutzmaßnahmen Treffpunkt Rotebühlplatz | 3,401 Mio. Euro. |

Ulrike Küstler
Stv. Fraktionsvorsitzende

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

SÖS und LINKE Fraktionsgemeinschaft

Betreff

Berufliche Schulen / berufliche Gymnasien

Berufliche Schulen / berufliche Gymnasien

Die Schullandschaft im Bereich Haupt- und Werkrealschulen ist in Bewegung. Absehbar ist, dass den Jugendlichen dieser Schulen auch in Zukunft und hoffentlich in steigender Zahl der Weg zum Studium offen sein muss. Außerdem steigen die Schülerzahlen an Realschulen. Die beruflichen Gymnasien stellen für beide Schülergruppen einen Anschluss dar, und hier liegt ein Engpass. Schon jetzt können nicht alle Schülerinnen und Schüler, die die formalen Voraussetzungen erfüllen, in den beruflichen Schulen aufgenommen werden.

Wir beantragen daher:

1. Die Stadtverwaltung untersucht und stellt den Bedarf beim Ausbau der beruflichen Schulen insgesamt dem Gemeinderat vor. Dabei wird die Mittagessenversorgung (Mensen, Küchen) einbezogen.
2. Die Stadtverwaltung legt eine Planung für notwendige zusätzliche oder neue Züge oder eventuell Standorte für die beruflichen Schulen vor.
3. Insbesondere stellt die Stadtverwaltung die Zahl der Bewerbungen und der angenommenen Schülerinnen und Schüler in den beruflichen Gymnasien vor und berichtet über die erwarteten Bedarfe bzw. Schülerzahlen in den kommenden Jahren.
4. Die Antragstellung für die erforderlichen weiteren Züge an bzw. Standorte von beruflichen Gymnasien beim Regierungspräsidium wird für das Jahr 2012 vorbereitet, so dass für den Doppelhaushalt 2014/2015 die entsprechenden Planungsmittel bzw. weiter erforderlichen Gelder beschlossen werden können.
5. In der Doppelhaushaltsperiode 2012/2013 werden für die Schulentwicklungsplanung für die beruflichen Schulen 300.000 Euro eingeplant, damit ab 2014 eine Planung und ab 2015/2016 die Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen erfolgen kann.

Ulrike Küstler
stv. Fraktionsvorsitzende

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

| | |
|---------------------------------------|------------|
| Haushaltsantrag vom 18.10.2011 | Nr. |
|---------------------------------------|------------|

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

| |
|---|
| Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion |
| SÖS und LINKE Fraktionsgemeinschaft |
| Betreff |
| Rücknahme der Kürzung beim Stuttgarter Schülerbonus |

Rücknahme der Kürzung beim Stuttgarter Schülerbonus

Im Rahmen der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen wurde der Stuttgarter Schülerbonus gekürzt von 7,70 Euro auf 3,00 Euro.

Wir beantragen:

Der Stuttgarter Schülerbonus wird erhöht auf 4,70 Euro.

Ulrike Küstler
stv. Fraktionsvorsitzende

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

| | |
|---------------------------------------|------------|
| Haushaltsantrag vom 18.10.2011 | Nr. |
|---------------------------------------|------------|

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

| |
|---------------------------------------|
| Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion |
| SÖS und LINKE Fraktionsgemeinschaft |
| Betreff |
| Schulhaussanierungen zügig fortsetzen |

Schulhaussanierungen zügig fortsetzen

1. Wir beantragen neben den Mitteln für die Bauunterhaltung für die Schulsanierung

66 Mio. Euro in 2012 und

56 Mio. Euro in 2013

bereitzustellen.

2. Wir beantragen die Schulhaussanierungen entsprechend dem Sanierungsplan so fortzusetzen, dass er im Jahr 2016 beendet werden kann. Die Mittel werden entsprechend den Berechnungen der Gutachter (fortgeschrieben) eingesetzt.

Ulrike Küstler
stv. Fraktionsvorsitzende

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

SÖS und LINKE Fraktionsgemeinschaft

Betreff

Schulsanierungen: Neue Unterrichtsformen und energetische Sanierungen

Schulsanierungen: Neue Unterrichtsformen und energetische Sanierungen

Das Schulsanierungsprogramm kostet viele Millionen und wird weitere viele, viele Millionen kosten. Daher ist besonders darauf zu achten, dass es zukunftssicher ist. Wie sich aufgrund von Nachfragen ergeben hat, ist das Fachwissen des Umweltreferats bei der Planung nicht oder nur am Rande abgefragt worden.

Auf Nachfrage zur Raumplanung teilte das Schulverwaltungsamt mit, es würden Schulbauförderrichtlinien des Landes zugrunde gelegt. Diese Schulbauförderrichtlinien stammen aus der Nachkriegszeit und sind für neue Unterrichtsformen schon lange nicht mehr ausreichend. Der Hinweis darauf wurde beantwortet mit der Aussage, man plane einen Zuschlag ein. Unklar blieb aber, welche neuen Schul- und Unterrichtsformen mit welchen Ansprüchen an mehr und größere Räume berücksichtigt wurden.

Daher beantragen wir:

1. Bei der Schulsanierung wird mit Unterstützung des Umweltamtes auf energetische Standards geachtet.
2. Die Verwaltung erläutert die Meßzahlen oder Vorgaben für die zusätzlichen Räume und, wo Räume neu geschaffen werden, deren Größen, die für die Schulsanierungen zugrunde gelegt werden.
3. Der Ausbau der naturwissenschaftliche Räume wird beschleunigt, damit ein naturwissenschaftlicher Unterricht erteilt werden kann, der den Anforderungen des Bildungsplans entspricht. Dafür werden die Mittel bereitgestellt, um jährlich drei zusätzliche Schulen auszustatten.

Ulrike Küstler
stv. Fraktionsvorsitzende

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

| | |
|---------------------------------------|------------|
| Haushaltsantrag vom 18.10.2011 | Nr. |
|---------------------------------------|------------|

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

| |
|--|
| Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion |
| SÖS und LINKE Fraktionsgemeinschaft |
| Betreff |
| Erhöhung der Zuschüsse für das Weißenhofmuseum |

Wir beantragen:

Die Erhöhung der jährlichen Zuwendungen für das Weißenhofmuseum auf 65.000 Euro.

Begründung:

Die Weißenhofsiedlung ist ein einmaliger Stuttgarter Kulturschatz, der die Landeshauptstadt Stuttgart bei Architekturliebhabern in der ganzen Welt berühmt macht.

Der Verein Weißenhofsiedlung betreibt das Museum für die Stadt Stuttgart mit viel ehrenamtlichem Engagement. Ein Betrieb in Eigenregie würde den Stadthaushalt stärker belasten.

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Ulrike Küstler
stv. Fraktionsvorsitzende

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

SÖS und LINKE Fraktionsgemeinschaft

Betreff

Hotel Silber - Stuttgart übernimmt seinen Teil der Verantwortung

Hotel Silber - Stuttgart übernimmt seinen Teil der Verantwortung

Vom Land ist jetzt erklärt worden, dass das Gebäude Hotel Silber komplett erhalten werden soll, dass sich das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft und das Wissenschaftsministerium in intensiven Gesprächen über die weitere Nutzung des Gebäudes stehen und dass noch im Oktober ein Termin für den ersten Termin eines Beteiligungsprozesse über den Gedenk- und Lernort im ehemaligen Hotel Silber benannt werden soll. Die Initiative Lern- und Gedenkort Hotel Silber soll ihr Konzept, das sie am 29. September im Rathaus vorgestellt hat, in den Diskussionsprozess einbringen.

Die Stadt Stuttgart soll an diesem "runden Tisch" beteiligt werden. Das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft hat die Erwartung geäußert, dass sich die Stadt an der Einrichtung und dem Betrieb eines künftigen Gedenkortes im ehemaligen Hotel Silber auch finanziell angemessen beteiligen wird. Dies ergibt sich aus unserer Sicht selbstverständlich aus der historischen Verantwortung der Stadt Stuttgart, denn die Tätigkeit der Gestapozentrale im ehemaligen Hotel Silber umfasste sowohl das Gebiet Württemberg-Hohenzollern wie das der Stadt.

Wir beantragen:

1. Die Stadt Stuttgart erklärt ihre Bereitschaft, sich an einem gemeinsamen Lern- und Gedenkort zu beteiligen.
2. Um die Ziele und die Schritte dahin zu entwickeln, beteiligt sich die Stadt Stuttgart (Stadtrat und Verwaltung) an dem Beteiligungsprozess.
3. Für diesen konzeptionellen und später planerischen Prozess stellt die Stadt Stuttgart im Doppelhaushalt 2012/2013 für die Durchführung von Sitzungen und die Einladung von Referentinnen und Referenten 20.000 Euro zur Verfügung.

Ulrike Küstler
stv. Fraktionsvorsitzende

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Gangolf Stocker

| | |
|---------------------------------------|------------|
| Haushaltsantrag vom 18.10.2011 | Nr. |
|---------------------------------------|------------|

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

| |
|--|
| Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion |
| SÖS und LINKE Fraktionsgemeinschaft |
| Betreff |
| Institutionelle Förderung des Theaters am Olgaek |

Wir beantragen:

Zur Deckung der Miet- und Mietnebenkosten wird das Theater am Olgaek in die institutionelle Förderung durch die Stadt Stuttgart mit jährlich 14.500 Euro aufgenommen.

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Ulrike Küstler
stv. Fraktionsvorsitzende

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

SÖS und LINKE Fraktionsgemeinschaft

Betreff

Neugründung Kommunales Kino

Neugründung Kommunales Kino

Stuttgart ist ein starker Medienstandort, besitzt im Gegensatz zu anderen Städten aber kein Kommunales Kino. Die Insolvenz der Kulturinstitution vor drei Jahren hinterlässt ein großes Vakuum in der Stadt. Doch auch stetige Willens- und Absichtbekundungen helfen nicht weiter. Deshalb verwundert es nicht, dass ein prominent besetzter und Institutionen übergreifender Verein auf eine Neugründung dringt. Doch neben dem Kreis Kulturschaffender vermissen auch die Bürgerinnen und Bürger ihr „KoKi“ und haben ihre Forderung im Bürgerhaushalt unterstrichen.

Die Fraktionsgemeinschaft SÖS und LINKE unterstützt die Initiative zur Gründung eines neuen Kommunalen Kinos in Stuttgart. Ein Kommunales Kino ist einem kulturellen Daseinsvorsorgeauftrag verpflichtet, dem im kommerziellen Kinobetrieb kaum noch Rechnung getragen wird. Die Idee ist einfach: Ebenso wie Literatur, Bildende Kunst und Theater sollen Filme jenseits kommerzieller Zwänge allen zugänglich sein. Wie Büchereien, Opernhäuser und Museen sollen Kinos ihren festen Platz im öffentlichen Leben haben - auch mit öffentlicher Förderung. Besondere Bedeutung hat ein Kommunales Kino gerade in Stuttgart für den interkulturellen und internationalen Austausch. Die Kommunalen Kinos übernehmen die Aufgabe medialer Bildung, denn Film kommt als Schulfach nicht vor. Wichtig ist den Antragsstellern zudem ein differenziertes medienpädagogisches Kinder- und Jugendprogramm das im kommerziellen Kinoformat gegenwärtig keinen Platz mehr erhält. Grundlegend muss das Kommunale Kino Angebote schaffen, die die Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Fragen und anderen Kulturkreisen befördert, Dialog zwischen Machern und Konsumenten von Filmkunst ermöglicht und somit eine notwendige Ergänzung zum kommerziellen Kinder-, Jugend- und Erwachsenenprogramm der Stuttgarter Kinos etabliert. Ein Programm sollte die Vielfalt an Kulturen und Sprachen in Stuttgart widerspiegeln und diesbezüglich neue kulturelle Perspektiven. In diesen Zusammenhängen ist es wichtig, Möglichkeiten in der Programmgestaltung zu definieren, in denen Eigenproduktionen von Schulen, Jugendhäusern und Amateurprojekten einen Platz finden, sich der Öffentlichkeit zu präsentieren. Kultur sollte nicht im Nebeneinander erfahren werden, sondern immer

im Miteinander, in Kommunikation und Diskussion. Daher muss ein Kommunales Kino auch Begegnungsstätte sein und Raum zum gegenseitigen Austausch bieten. Eine Gastronomie, in Form eines Cafés, dass auch Menschen mit sehr begrenzten Mitteln zum Miteinander anregt, wäre für die Konzeption wünschenswert. Zumindest aber möblierte Räumlichkeiten, die allen Besuchern zum Aufenthalt und Austausch zur freien Verfügung stehen.

Wir beantragen daher:

1. Die Verwaltung prüft geeignete Standorte für ein dauerhaft bestehendes Haus der Film- und Medienkunst in Verbindung mit einem gastronomischen Begegnungstreff und legt diese zur weiteren Beratung vor. Auch der mögliche Erwerb einer Immobilie darf kein Ausschlusskriterium sein.
2. Die Verwaltung anerkennt den Förderverein „Neues Kommunales Kino“ als Gründungsverein und erarbeitet gemeinsam mit dessen VertreterInnen und dem Landesverband Kommunale Kinos Baden-Württemberg ein Betriebskonzept.
3. Die Stadt Stuttgart fördert den Verein "Neues Kommunales Kino" im Doppelhaushalt 2012/13 pro Jahr mit 300 000 Euro.

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Ulrike Küstler
stv. Fraktionsvorsitzende

| | |
|---------------------------------------|------------|
| Haushaltsantrag vom 18.10.2011 | Nr. |
|---------------------------------------|------------|

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

| |
|--|
| Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion |
| SÖS und LINKE Fraktionsgemeinschaft |
| Betreff |
| Rücknahme der Kürzungen des Kulturetat |

Wir beantragen:

die Kürzungen im Kulturetat 2011/12 werden zurückgenommen. Die pauschale Kürzung der Zuschüsse für Kulturinstitutionen um 5 % werden wieder auf die ursprüngliche Fördersumme erhöht.

Begründung:

Stuttgarts Kulturschaffende leisten einen unbezahlbaren Beitrag zur Lebensqualität und zum Bildungsniveau in unserer Stadt. Viele Institutionen und viele Künstlerinnen und Künstler arbeiten mit einem sehr hohen persönlichen Einsatz. Als vor zwei Jahren unter dem Eindruck der Finanzkrise das Haushaltssicherungskonzept beschlossen wurde, brachten die Kürzungen im Kulturetat viele Institutionen an den Rand ihrer Existenz.

Um die Planungssicherheit und die Existenz vieler Institutionen weiter zu sichern hält es die Fraktionsgemeinschaft SÖS und Linke für notwendig, diese Kürzungen in Zeiten besserer Einnahmen rückgängig zu machen. Bevor über die zusätzliche Förderung von einzelnen Institutionen entschieden wird, sollte Stuttgarts reichhaltige Kulturlandschaft grundsätzlich gesichert werden.

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Ulrike Küstler
stv. Fraktionsvorsitzende

| | |
|---------------------------------------|------------|
| Haushaltsantrag vom 18.10.2011 | Nr. |
|---------------------------------------|------------|

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

| |
|--|
| Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion |
| SÖS und LINKE Fraktionsgemeinschaft |
| Betreff |
| Städtischer Beitrag zu Kultur für alle |

Städtischer Beitrag zu Kultur für alle

Das Programm "Kultur für alle" im Rahmen der Bürgerstiftung ist ein Erfolgsmodell. Es sichert Menschen mit geringem Einkommen diskriminierungsfrei die Teilhabe am Kulturleben der Stadt. Um diese wertvolle Arbeit zu verstetigen und auszuweiten, ist es erforderlich die Teilzeitstelle zu sichern und Werbung für die Beteiligung von weiteren Kulturinstitutionen zu machen, die Angebote zu koordinieren und das Angebot bekannt zu machen.

Wir beantragen:

Die Stadt Stuttgart unterstützt das Projekt "Kultur für alle" im Jahr 2012 mit 26.800 Euro und ab 2013 durch eine Regelförderung von jährlich 35.000 Euro.

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Ulrike Küstler
stv. Fraktionsvorsitzende

| | |
|---------------------------------------|------------|
| Haushaltsantrag vom 18.10.2011 | Nr. |
|---------------------------------------|------------|

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

| |
|---------------------------------------|
| Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion |
| SÖS und LINKE Fraktionsgemeinschaft |
| Betreff |
| AWO-Wohnbegleitung Paul-Lincke-Str. 8 |

AWO-Wohnbegleitung Paul-Lincke-Str.8

Wir beantragen, die Stelle für die Wohnbetreuung in der Paul-Lincke-Str. 8, Botnang, mit 42.627 Euro für eineinhalb Jahre weiter zu finanzieren.

In den SWSG-Wohnungen leben viele hochbetagte und/oder hilfebedürftige alte Menschen, die mit Hilfe dieser Wohnbegleitung in der eigenen Wohnung bleiben können. Diese Menschen sollen in Zukunft durch die AWO-Begegnungsstätte in der Botnanger Ortsmitte betreut werden. Deren Fertigstellung verzögert sich jedoch durch die Insolvenz des Netzwerks. Bis zur Fertigstellung soll die o.g. Stelle erhalten bleiben.

Ulrike Küstler
stv. Fraktionsvorsitzende

Hannes Rockenbach
Ulrike Küstler

P.S. Wir greifen damit auch den Vorschlag 1015 des Bürgerhaushalts auf.

| | |
|---------------------------------------|------------|
| Haushaltsantrag vom 18.10.2011 | Nr. |
|---------------------------------------|------------|

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

| |
|--|
| Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion |
| SÖS und LINKE Fraktionsgemeinschaft |
| Betreff |
| Begegnungsmöglichkeiten Psychiatrie-Erfahrener |

Selbsthilfe ist eine wichtige und unverzichtbare Säule in der Landschaft eines Hilfesystems. Bezogen auf die Partizipation und die Ermöglichung von Selbsthilfe im Bereich der Sozialpsychiatrie ist Stuttgart vorbildlich und nimmt im Land oft eine Vorreiterrolle ein. So soll es bleiben!

Wir beantragen:

Die Erhöhung des Budgets des Gesundheitsamtes, Teilbereich Förderung von Trägern, um 5.000 Euro im Jahr 2012 und um 7.400 Euro ab dem Jahr 2013, damit die Offene Herberge ihr Clubhausangebot an Samstagen und Sonntagen nach Ende der Projektförderung von Aktion Mensch dauerhaft erbringen kann.

Thomas Adler

Ulrike Küstler
stv. Fraktionsvorsitzende

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

SÖS und LINKE Fraktionsgemeinschaft

Betreff

Bürgerservice LiA, Gerontopsychiatrische und Sozialpsychiatrische Dienste

Bürgerservice LiA, Gerontopsychiatrische und Sozialpsychiatrische Dienste sicherstellen

In diesem Bereich steigen die Beratungsfälle aufgrund der demografischen Entwicklung und der Zunahme psychischer Erkrankungen ständig an. Dabei steigt die Zahl der Menschen, die Unterstützung brauchen, die keine Unterstützung durch Angehörige bekommen (können) kontinuierlich an. Das führt zu einem personellen Engpass beim Bürgerservice Leben im Alter. Hier haben die Anfragen seit 1999 um 25 Prozent zugenommen.

Die aufzubauenden Pflegestützpunkte und die Sozialpsychiatrischen und Gerontopsychiatrischen Dienste sind von dieser Entwicklung gleichermaßen betroffen. Wenn für diese Dienste nicht genug Beratungs- und Hilfefkapazität haben, verlängern sich die Wartezeiten und dadurch die Schwere der Fälle bzw. müssen Menschen, die eigentlich ambulant betreut werden könnten, in stationäre Betreuung gebracht werden. Das ist für die Betroffenen nicht wünschenswert und für die Leistungsträger teurer.

Wir beantragen:

1. Für den Bürgerservice Leben im Alter werden zwei weitere Personalstellen geschaffen.
2. Die Stadt fördert bei den Gerontopsychiatrischen Diensten vier weitere Personalstellen.
3. Die Stadt fördert bei des Sozialpsychiatrischen Diensten zwei weitere Personalstellen.

Ulrike Küstler
Stv. Fraktionsvorsitzende

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

SÖS und LINKE Fraktionsgemeinschaft

Betreff

Diamorphingestützte Substitution

Spätestens seit der gemeinsamen Sitzung des SGA und KA am 17.10.2011 und der Beratung zu der GRDRs 705/2011 ist für uns unstrittig, dass es dem Angebot der diamorphingestützten Substitution in Stuttgart bedarf.

Der Standort ist u. E. mit dem städt. Gebäude Kriegsbergstr. 40 in Stuttgart-Mitte gefunden. Dort wird zudem möglich, dass die Beratungsstelle Neckarstr. von Release untergebracht werden kann. Damit ist ein zukunftsfähiger Standort für diese Beratungsstelle gefunden, denn die Raumerweiterung ermöglicht künftig die zusätzlichen Angebote wie Tagesstrukturierung und stundenweise Arbeitsangebot.

Zudem wird dadurch die sinnvolle und erforderliche Zusammenarbeit mit dem Anbieter der diamorphingestützten Substitution im Bereich der psychosozialen Beratung und Betreuung ermöglicht.

Wir beantragen:

1. Die zukünftige Nutzung des Gebäudes Kriegsbergstr. 40 für das o. g. Angebot sowie für die Beratungsstelle von Release, als Ersatzstandort für die Beratungsstelle Neckarstr.
2. Die Bereitstellung der erforderlichen Investitionsmittel im Finanzhaushalt für den Umbau des Gebäudes Kriegsbergstr. 40 für diese Nutzung
3. Die Bereitstellung der erforderlichen jährlichen Mittel im Ergebnishaushalt für die Anlaufphase von vier Jahren für das Angebot diamorphingestützte Substitution und die institutionelle Förderung von Release in diesen Räumen (erhöhte Förderung wegen größerer Räume und wg. Zusätzlichem Personalbedarf für die Beratung und Betreuung Substituierter – s. GRDRs. 244/2011).

Thomas Adler

Ulrike Küstler
stv. Fraktionsvorsitzende

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

SÖS und LINKE Fraktionsgemeinschaft

Betreff

Eingliederungshilfe für ältere Menschen mit Behinderung

Eingliederungshilfe für ältere Menschen mit Behinderung

Immer mehr Menschen mit Behinderung erreichen nach ihrem Arbeitsleben den Ruhestand bzw. die Rente. Sie müssen nach dem Ausscheiden aus den Werkstätten darin unterstützt werden, den neuen Lebensabschnitt so selbständig wie möglich neu zu gestalten und neue soziale Beziehungen aufzubauen. Dazu hat ein erfolgreiches Pilotprojekt stattgefunden (vgl. auch das KVJS-Projekt „Neue Bausteine in der Eingliederungshilfe“).

Diese Angebote müssen fortgesetzt und ausgeweitet werden.

Wir beantragen:

1. Für die Ausweitung des Kursangebotes in Kooperation Treffpunkt Senior und Werkstätten für Behinderte werden für zwei Kurse in 2012 und in 2013 je 15.000 Euro, zusammen 30.000 Euro, bereitgestellt.
2. Für die Öffnung von Begegnungsstätten in den Stadtquartieren als Regelangebot für Senioren mit geistiger Behinderung werden für den Einsatz von Fachkräften je 6.000 Euro pro Haushaltsjahr, zusammen 12.000 Euro, bereitgestellt.

Ulrike Küstler
stv. Fraktionsvorsitzende

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

| | |
|---------------------------------------|------------|
| Haushaltsantrag vom 18.10.2011 | Nr. |
|---------------------------------------|------------|

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

| |
|---|
| Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion |
| SÖS und LINKE Fraktionsgemeinschaft |
| Betreff |
| Fördergelder für Projekte „Kunst für psychisch kranke Menschen“ |

Die Stadt Stuttgart bewilligt dem Trägerverbund im Gemeindepsychiatrischen Verband der Stadt Stuttgart jährlich 30.000 Euro für die Durchführung von Kunstprojekten und Kursen „Kunst für psychisch kranke Menschen“ unter qualifizierter Leitung.

Begründung:

Übereinstimmend sind alle Institutionen des Trägerverbundes der Meinung, dass künstlerische und kunsthandwerkliche Aktivitäten, Projekte und Initiativen ein wichtiger Bestandteil im Leben nicht weniger psychisch kranker Menschen darstellen. Über derartige Aktivitäten gelingt es diesen Menschen, sich auszudrücken, sinnstiftende Identität für sich zu schaffen und nach außen entstigmatisierend tätig zu sein.

Aus diesem Grunde befürwortet der Trägerverbund in einem Schreiben vom 15.08.2011 solche Projekte und schlägt hinsichtlich der finanziellen Förderung folgendes vor: Das Steuerungsgremium des Gemeindepsychiatrischen Verbundes, in dem neben den Leistungserbringern auch die Kostenträger und die Selbsthilfeorganisationen vertreten sind unter Federführung des Stadt, verwaltet das zur Verfügung gestellte Budget und entscheidet, welche Aktivitäten und Initiativen jeweils unterstützt und gefördert werden. Auf diesem Wege kämen finanzielle Ressourcen - sofern diese von der Stadt für künstlerische Aktivitäten für psychisch kranke Menschen bewilligt werden - einem breiten Personenkreis psychisch kranker Menschen zugute. Gleichzeitig handelt es sich in diesem Verfahren um eine gerechte und nachvollziehbare Vergabe von Mitteln unter aktiver Beteiligung der Selbsthilfeorganisationen.

Maria-Lina Kotelmann

Hannes Rockenbauch

Gangolf Stocker

Ulrike Küster

Tom Adler

| | |
|---------------------------------------|------------|
| Haushaltsantrag vom 18.10.2011 | Nr. |
|---------------------------------------|------------|

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

| |
|--|
| Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion |
| SÖS und LINKE Fraktionsgemeinschaft |
| Betreff |
| Förderung in der Sucht- und Drogenhilfe angleichen |

Förderung in der Sucht- und Drogenhilfe anpassen

Seit Jahren erhalten die Freien Träger der Wohlfahrtspflege in der Sucht- und Drogenhilfe einen geringeren Fördersatz als Träger anderer sozialen Aufgaben.

Wir beantragen:

Die Förderung für die Sucht- und Drogenhilfe wird auf 80 Prozent erhöht.

Ulrike Küstle
stv. Fraktionsvorsitzende

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

| | |
|---------------------------------------|------------|
| Haushaltsantrag vom 18.10.2011 | Nr. |
|---------------------------------------|------------|

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

| |
|--|
| Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion |
| SÖS und LINKE Fraktionsgemeinschaft |
| Betreff |
| Förderung verbandlicher Jugendarbeit anheben |

Förderung verbandlicher Jugendarbeit anheben

Die Deckelung der verbandlichen Förderung seit 18 Jahren ist nicht mehr zeitgemäß. Ca. 1.700 Jugendgruppen arbeiten in Stuttgart und gestalten mit wenigen Mitteln und viel ehrenamtlichem Engagement ein breites Freizeitprogramm für Kinder und Jugendliche. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Integration und haben sich durch ihre großartige und parteiübergreifend geschätzte Arbeit die Anhebung der Förderung mehr als verdient.

Wir beantragen daher:

Die Erhöhung der Förderung für Jugendverbände um 58.000 Euro.

Ulrike Küstler
stv. Fraktionsvorsitzende

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

| | |
|---------------------------------------|------------|
| Haushaltsantrag vom 18.10.2011 | Nr. |
|---------------------------------------|------------|

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

| |
|--|
| Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion |
| SÖS und LINKE Fraktionsgemeinschaft |
| Betreff |
| Freie Fahrt bei Hort- und Schulveranstaltungen |

Freie Fahrt bei Hort- und Schulveranstaltungen

Nicht alle Kinder ab sechs bzw. Schülerinnen und Schüler haben ein Scool-Abo. Gerade in den Bezirken außerhalb der Innenstadt gehen noch viele Kinder und Jugendlichen zu Fuß in die Schule oder den Hort. Für die Teilnahme an Sportveranstaltungen und Schulveranstaltungen außerhalb der Schule müssen sie dann Einzeltickets lösen. Das ist teuer.

Die Organisation von Klassenausflügen und Veranstaltungen wird auch für die Erzieher/-innen und Lehrer/-innen erleichtert, wenn sie mit ihren Gruppen ohne das Lösen von Einzeltickets in die Bahnen und Busse steigen können.

Wir beantragen:

Kinder und Jugendliche, die an Fahrten von Schulklassen oder Betreuungsgruppen teilnehmen oder die zu schulisch veranlassten Terminen fahren (z.B. Praktika), dürfen kostenlos mit dem VVS fahren.

Ulrike Küstler
Stv. Fraktionsvorsitzende

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

| | |
|---------------------------------------|------------|
| Haushaltsantrag vom 18.10.2011 | Nr. |
|---------------------------------------|------------|

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

| |
|---|
| Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion |
| SÖS und LINKE Fraktionsgemeinschaft |
| Betreff |
| Gemeinsame Anlaufstelle für weibliche und männliche Prostituierte |

Die gemeinsame Anlaufstelle für weibliche und männliche Prostituierte hat sich in noch weit höherem Maße als erhofft bewährt. Sie trägt sogar zur Stabilisierung im Umfeld bei. Auf der gesicherten Grundlage der vergangenen Jahre sind einige Justierungen bei der Ressourcenausstattung erforderlich (s. GRDRs 130/2011).

Wir beantragen:

Erhöhung des Budets des Gesundheitsamtes, Bereich Förderung von Trägern, um jährlich 3.500 Euro, um die Reinigungskosten entsprechend der Kooperationsvereinbarung zwischen den Trägern und dem Gesundheitsamt übernehmen zu können.

Thomas Adler

Ulrike Küstler
stv. Fraktionsvorsitzende

| | |
|---------------------------------------|------------|
| Haushaltsantrag vom 18.10.2011 | Nr. |
|---------------------------------------|------------|

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

| |
|--|
| Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion |
| SÖS und LINKE Fraktionsgemeinschaft |
| Betreff |
| Kinderschutz: Vormünder, Krisen- und Notfalldienst, Allgemeiner Sozialdienst |

Kinderschutz: Stellen für Vormünder, Krisen- und Notfalldienst, Allgemeinen Sozialdienst

Wir beantragen, dass im Jugendamt folgende Stellen geschaffen werden:

1. vier Stellen für Vormünder von Waisen und Kindern, deren Eltern kein Sorgerecht haben,
2. zwei Stellen im Krisen- und Notfalldienst,
3. vier Stellen für den Allgemeinen Sozialdienst.

Begründung:

Bei der Betreuung von Waisen und Kindern, deren Eltern kein Sorgerecht haben, besteht durch die Gesetzesänderung im Frühjahr 2011 die Verpflichtung, den Personalschlüssel zu verbessern. Damit soll sichergestellt werden, dass die Vormünder die Kinder kennen und regelmäßig mit ihnen sprechen, um ihre Gesundheit und Wohlbefinden sicherzustellen und Mißhandlungen auszuschließen.

In den letzten Haushaltsberatungen war der erhöhte Arbeitsanfall und daraus resultierend Stellenbedarf im Krisen- und Notfalldienst sowie im Allgemeinen Sozialdienst dem Gemeinderat bereits bekannt. Aufgrund der Haushaltskrise wurden nur ein Teil der notwendigen Stellen geschaffen. Das muss jetzt korrigiert werden.

Ulrike Küstler
Stv. Fraktionsvorsitzende

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

SÖS und LINKE Fraktionsgemeinschaft

Betreff

Mobilität sichert Teilhabe ("Sozialticket")

Mobilität sichert Teilhabe ("Sozialticket")

Bei Kindern und Jugendlichen mit Bonuscard wurde ein Fortschritt erzielt. Sie können ab kommendem Jahr zum Preis von 12 Euro ein Scoolabo erwerben, das ihnen die Fahrt zur Schule, die Teilnahme an Schulveranstaltungen sowie Sport-, Kultur- und Freizeitangeboten ermöglicht.

Für erwachsene Menschen mit geringem Einkommen (Bezieher/-innen von Alg-2, Grundsicherung und Schwellenhaushalte) ist dies bisher nicht der Fall. Der Eigenanteil am VVS-Ticket übersteigt deutlich den Anteil für die Teilnahme am öffentlichen Verkehr, und dieser Fehlbetrag wächst mit jeder VVS-Tarifierhöhung. Das führt zum Ausschluss der betroffenen Menschen vom gesellschaftlichen Leben und gelegentlich auch zu Schwarzfahrten mit allen Folgen und Kosten (auch für die SSB und durch Gerichtskosten).

Die Stadt Köln hat mit der Einführung eines Sozialtickets die Erfahrung gemacht, dass dadurch die Zahl der Verkehrsteilnehmer und Fahrten im öffentlichen Verkehr so steigen, dass das Ticket kostendeckend wird und der Ärger und die Kosten des Schwarzfahrens bei diesem Personenkreis unbedeutend werden.

Beim Senienticket hat sich gezeigt, dass die Aufhebung der Sperrzeit am Morgen zur erhöhten Attraktivität bzw. einer höheren Anzahl von Käufern beigetragen hat, ohne die Bahnen in den Morgenstunden zu verstopfen. Ein solcher Erfolg lässt sich auch bei den "Sozialtickets" erzielen.

Wir beantragen:

1. Der städtische Zuschuss zum Monatsticket der SSB wird erhöht auf die Differenz zwischen dem Verkehrsanteil im Regelsatz und dem jeweils aktuellen Ticketpreis.
2. Der Geltungsbereich des "Sozialtickets" soll wie beim Senienticket drei Zonen umfassen.

3. Die Sperrzeit am Morgen wird für diese Tickets aufgehoben.

Ulrike Küstler
stv. Fraktionsvorsitzende

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

| | |
|---------------------------------------|------------|
| Haushaltsantrag vom 18.10.2011 | Nr. |
|---------------------------------------|------------|

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

| |
|---|
| Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion |
| SÖS und LINKE Fraktionsgemeinschaft |
| Betreff |
| Netzwerke für Behinderte im kleinräumigen Wohnverbund |

Netzwerke für Behinderte im kleinräumigen Wohnverbund

In den drei Stadtteilen Feuerbach, Ost (Berg) und Münster gab es ein erfolgreiches Projekt der Eingliederungshilfe. Hier wurden Netzwerke von Ehrenamtlichen und Leistungserbringern zur Unterstützung des ambulanten Wohnens von behinderten Menschen gebildet.

Wir beantragen,

- in drei weiteren Stadtteilen in Bad Cannstatt, S-Mitte und Möhringen/Degerloch werden ebenfalls solche Netzwerke geschaffen. Dafür werden 38.250 Euro in 2012 bereitgestellt.

Ulrike Küstler
Stv. Fraktionsvorsitzende

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

| | |
|---------------------------------------|------------|
| Haushaltsantrag vom 18.10.2011 | Nr. |
|---------------------------------------|------------|

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

| |
|--|
| Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion SÖS und LINKE Fraktionsgemeinschaft |
| Betreff Sachkostenbudget für das Sozialamt |

Sachkostenbudget für das Sozialamt

In Folge früherer Haushaltsbeschlüsse und insbesondere als Folge durch die Haushaltskonsolidierung vorgegebenen Sparmaßnahmen im letzten Doppelhaushalt sind die Sachkostenbudgets der Ämter auf ein Minimum geschrumpft. Deshalb muss der Gemeinderat in diesen Haushaltsplanberatungen zum Teil über Positionen beraten und diskutieren, die von der Größenordnung her den Aufwand nicht rechtfertigen.

Wir beantragen daher:

Das Sachkostenbudget des Sozialamts soll ab dem Haushaltsjahr 2012/2013 um jährlich 80.000 EUR erhöht werden, damit dem Amt wieder ein selbst zu verantwortender finanzieller Spielraum ermöglicht wird, z.B. für Fachtage, Öffentlichkeitsarbeit, Durchführung Alterssurvey usw. usf.

Ulrike Küstler
Stv. Fraktionsvorsitzende

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

SÖS und LINKE Fraktionsgemeinschaft

Betreff

Stärkung der Strukturen der ambulanten Suchthilfe in Stuttgart

Im Jahr 2011 war der SGA in vielfältiger Weise mit Themen der ambulanten Suchthilfe befasst.

Die Ernsthaftigkeit der Arbeit der Träger ebenso wie die Flankierung und Unterstützung bei den Überlegungen zur Weiterentwicklung dieser Arbeit durch Sozialplanung und Förderung des Gesundheitsamtes/Referates SJG wurden deutlich. Ebenso deutlich wurde (s. GRDRs 244/2011), dass „Butter bei die Fische“ kommen muss, damit der Bestand der Arbeit gesichert werden kann, aber auch Zukunftswege für die verbesserte Versorgung der Suchtkranken, und zwar stoffgebunden wie auch nicht Substanz gebunden, in Stuttgart ermöglicht werden.

Wir beantragen:

- Ausbau bei ABAS vom GesundheitsLaden um eine halbe Stelle
- - zusätzlich 60.000 Euro befristet für die Jahre 2012 und 2013, damit das Projekt „Pro Kids“ erhalten bleiben kann.
- zwei zusätzliche Stellen für den Bereich Chronikerversorgung, zunächst befristet bis Ende 2012 angebunden bei den Trägern Evangelische Gesellschaft, Caritasverband und Lagaya. Nach Vorliegen des Konzepts kann der Gemeinderat dann über die endgültige Zuordnung dieser Stellenkapazitäten zu Trägern entscheiden.
- eine zusätzliche Stelle für die Glücksspiel- und Medienberatung, angebunden bei der Evangelischen Gesellschaft befristet bis Ende 2012. Nach Vorliegen eines Konzeptes für die künftige sozialraumnahe Ausrichtung der Suchthilfe kann über die endgültige Anbindung entschieden werden.
- Ausbau des Budgets des Gesundheitsamtes, Bereich Förderung von Trägern, um insgesamt 126.000 Euro, um die derzeitigen Raum- und Raumnebenkosten mit der verabredeten Fördersystematik vollständig fördern zu können, aber auch um die Förderung von geplanten und erforderlichen Vergrößerungen bei Beratungsstellen sicher zu stellen und um jährlich 10.000 Euro zur städtischen Mitfinanzierung des Wachdienstes, eingesetzt bei High Noon, so lange kein besserer Standort für die Einrichtung gefunden wird.

Thomas Adler

Ulrike Küstler
stv. Fraktionsvorsitzend

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

SÖS und LINKE Fraktionsgemeinschaft

Betreff

Wohnungslosigkeit vermeiden - aufsuchende Sozialarbeit

1. Wohnungslosigkeit vermeiden - aufsuchende Sozialarbeit

Wenn das Jobcenter und das Sozialamt von den Amtsgerichten über eine Räumungsklage wegen Mietrückständen informiert werden, ist es sehr dringend Hilfe zu suchen und zu leisten. Trotzdem reagieren weniger als die Hälfte der Betroffenen auf Anschreiben des Sozialamtes, sei es aus generellem Mißtrauen gegen Behörden, sei es wegen völliger Hoffnungslosigkeit. Es hat sich in Stuttgart und anderen Städten gezeigt, dass aufsuchende Hilfe ein Weg ist.

Daher beantragen wir

eine Stelle für die aufsuchende Hilfe gegen Wohnungslosigkeit beim Sozialamt.

2. Hilfekonzept für Fürsorgeunterkünfte ausbauen

Das Ziel ist, die individuellen Notlagen zu überwinden und möglichst viele Bewohnerinnen und Bewohner von Fürsorgeunterkünften und deren Kinder wieder in "normale" Mietverhältnisse zu bringen. Dazu muss aus dem Projekt "Hilfekonzept für Bewohnerinnen und Bewohner in Fürsorgeunterkünften" eine dauerhafte Arbeit werden, und es muss auch die Fürsorgeunterkünfte in gestreuten Immobilien umfassen. Schon in den letzten Haushaltsberatungen war dies Bestandteil unseres Antrags.

Wir beantragen erneut:

Für die Sozialarbeit in den gestreuten Fürsorgeunterkünften werden 4 x 0,5 Stellen bereitgestellt.

Ulrike Küstler
Stv. Fraktionsvorsitzende

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

| | |
|---------------------------------------|------------|
| Haushaltsantrag vom 18.10.2011 | Nr. |
|---------------------------------------|------------|

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

| |
|-------------------------------------|
| Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion |
| SÖS und LINKE Fraktionsgemeinschaft |
| Betreff |
| Beratungszentren Jugend und Familie |

Beratungszentren Jugend und Familie

Die Beratungszentren brauchen Stellen(anteile) für die Frühe Förderung, Qualitätszirkel Gesundheit und Familie, Kooperation mit den Schulen, Schulinklusion, Regionales Übergangsmanagement Schule in den Beruf, Netzwerkaufgaben Kinderschutz und die Zusammenarbeit mit v.a. großen Kindertageseinrichtungen mit vielen armutsbedrohten Kindern.

Wir beantragen für die 10 Beratungszentren insgesamt 7,5 Stellen.

Ulrike Küstler
stv. Fraktionsvorsitzende

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

| | |
|---------------------------------------|------------|
| Haushaltsantrag vom 18.10.2011 | Nr. |
|---------------------------------------|------------|

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

| |
|-------------------------------------|
| Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion |
| SÖS und LINKE Fraktionsgemeinschaft |
| Betreff |
| Förderung Begleiteter Umgang |

Förderung Begleiteter Umgang für Familien Trennungs- und Scheidungssituationen

Wir beantragen jährliche Fördermittel in Höhe von

26.000 Euro für das EKIZ-Gruppenprogramm.

Die Verwaltung schlägt eine Erhöhung für die Maßnahme beim EKIZ von 19.272,13 Euro auf 21.000 Euro pro Jahr vor. Nach Auskunft des EKIZ reicht das nicht für die derzeitigen die Ausgaben des Projekts.

26.000 Euro für die Kleingruppen- und Einzelbetreuung beim Deutschen Kinderschutzbund.

Ulrike Küstler
stv. Fraktionsvorsitzende

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

| | |
|---------------------------------------|------------|
| Haushaltsantrag vom 18.10.2011 | Nr. |
|---------------------------------------|------------|

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

| |
|---|
| Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion |
| SÖS und LINKE Fraktionsgemeinschaft |
| Betreff |
| Förderung der Mentoren für jugendliche Flüchtlinge wird fortgesetzt |

Förderung der Mentoren für jugendliche Flüchtlinge wird fortgesetzt

Aus der Hausaufgabenbetreuung der Flüchtlingsarbeitskreise hat sich das Projekt "MefJu" (Mentoren für Flüchtlinge) entwickelt. Hier werden junge Flüchtlinge von der fünften Klasse bis zum Schulabschluss in allen Schularten betreut. 27 Mentoren arbeiten mit mehr als 30 Jugendlichen in Heumaden, Riedenberg und Sillenbuch. Sie beraten in Bildungsfragen, aber auch im persönlichen Bereich und oft auch die ganze Familie. Drei Jahre lang wurde das Projekt aus dem Fonds "Zukunft der Jugend" gefördert. Das Geld wurde gebraucht für eine halbe Stelle Sozialarbeiterin (Koordination von Jugendlichen, Mentoren und Eltern). Die Mentoren erhalten keine Aufwandsentschädigung.

Wir beantragen:

Für das Projekt MefJu werden jährlich 15.000 Euro bereitgestellt.

Ulrike Küstler
Stv. Fraktionsvorsitzende

Thomas Adler

Maria-Lina Kotelmann

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

SÖS und LINKE Fraktionsgemeinschaft

Betreff

Frühe Bildung und Kinderbetreuung kostenlos

Frühe Bildung und Kinderbetreuung kostenlos

Wir beantragen, dass die Gebühren für die frühe Bildung und Kinderbetreuung schrittweise abgeschafft werden:

1. Die Kita für die Dreijährigen wird kostenlos ab 1.1.2012.
2. Die Kita für die Vierjährigen bis zum Schuleintritt der Kinder wird kostenlos ab 1.1.2013.
3. Die Krippenplätze werden kostenlos ab 1.1.2014.
4. Die Schulkindbetreuung wird kostenlos ab 1.1.2014.

Begründung:

Eine gute frühkindliche Bildung stellt die Weichen positiv für eine gute Bildungslaufbahn, für gute Ausbildungschancen und die Möglichkeit einer Berufstätigkeit, die ein erfülltes Leben und den Lebensunterhalt sichert.

OB Schuster hat im Mai 2011 darauf hingewiesen, dass nur noch zehn Prozent der Kosten einer Kita von den Eltern getragen werden und der Rest von der Stadt bezahlt wird: Kostenlose Kitas könne man auch noch verschmerzen, erklärte er. Die Gebührenfreiheit der frühen Bildung und Betreuung dürfen nicht dem dringend notwendigen Ausbau der Krippen-, Kita- und Hortplätze entgegengestellt werden. Beides ist erforderlich. Beides rechnet sich kurz- und langfristig.

Ulrike Küstler
stv. Fraktionsvorsitzende

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

| | |
|---------------------------------------|------------|
| Haushaltsantrag vom 18.10.2011 | Nr. |
|---------------------------------------|------------|

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

| |
|-------------------------------------|
| Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion |
| SÖS und LINKE Fraktionsgemeinschaft |
| Betreff |
| Ganztags-Grundschulen Zug um Zug |

Ganztags-Grundschulen Zug um Zug

Wir beantragen gemäß GRDRs 199/2011 beantragen wir für die Neukonzeption Betreuung für Grundschulkinder
56 Mio. Euro in 2012 und
57 Mio. Euro in 2013.

Ulrike Küstler
stv. Fraktionsvorsitzende

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

| | |
|---------------------------------------|------------|
| Haushaltsantrag vom 18.10.2011 | Nr. |
|---------------------------------------|------------|

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

| |
|--|
| Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion |
| SÖS und LINKE Fraktionsgemeinschaft |
| Betreff |
| Hilfe für junge psychisch Kranke und Kinder von psychisch kranken Menschen |

Hilfe für junge psychisch Kranke und Kinder von psychisch kranken Menschen

Für diesen Personenkreis klafft im Hilfesystem der Stadt Stuttgart eine Lücke. Um die Lebenschancen dieser Menschen zu verbessern, muss in den Gerontopsychiatrischen Zentren Fachpersonal eingestellt werden. Die Aufgaben sind

- Gruppenangebote für junge psychisch Kranke,
- Gruppenangebote für Kinder psychisch kranker Eltern,
- Suche von Pateneltern und Gruppenangebote für die Pateneltern,
- die Vertretung dieser Personen im Arbeitskreis,
- die Durchführung von Fallbesprechungen,
- die intensive Zusammenarbeit mit der Jugendpsychiatrie.

Wir beantragen:

In jedem gerontopsychiatrischen Zentrum wird eine Stelle für diesen Auftrag geschaffen.

Ulrike Küstler

Hannes Rockenbauch

| | |
|---------------------------------------|------------|
| Haushaltsantrag vom 18.10.2011 | Nr. |
|---------------------------------------|------------|

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

| |
|---|
| Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion |
| SÖS und LINKE Fraktionsgemeinschaft |
| Betreff |
| Jugendberufshilfe und Sozialarbeit an beruflichen Schulen |

Jugendberufshilfe und Sozialarbeit an beruflichen Schulen

1. Für jede der 22 beruflichen Schulen beantragen wir eine Sozialarbeiterstelle. Diese Stellen sollen unbefristet sein, damit nicht nur Berufseinsteiger sich darauf bewerben und damit eine kontinuierliche Arbeit ermöglicht wird. Damit sollen insbesondere die Schülerinnen und Schüler der BVJ- und BEJ-Klassen, aber auch der Sonderberufsschulklassen unterstützt werden.
2. Für die übrigen Angebote der Jugendberufshilfe beantragen wir die Mittel gemäß GRDRs 671/2011.

Ulrike Küstler
stv. Fraktionsvorsitzende

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

SÖS und LINKE Fraktionsgemeinschaft

Betreff

Keine Gebührenerhöhungen für Krippen, Kitas, Horte und Schulkindbetreuung

Keine Gebührenerhöhungen für Krippen, Kitas, Horte und Schulkindbetreuung

Der 1999 beschlossene Mechanismus der regelmäßigen Gebührenerhöhungen in allen Formen der Kinderbetreuung muss gestoppt werden. Ziel ist, die Betreuung in städtischen Tageseinrichtungen, die ein untrennbarer Bestandteil der Bildung in allen Altersgruppen von Kindern ist, kostenlos zu gewähren. Wir haben daher immer die Gebührenerhöhungen abgelehnt und kostenlose Betreuung in Krippen, Kitas, Horten und in der Schulkindbetreuung gefordert.

Im "Entwurf des Haushaltsplans des Jugendamts 2012/2013" wird eine turnusgemäße Gebührenerhöhung der städtischen Tageseinrichtungen ab 1.9.2012 vorgeschlagen. Die Gebühren würden damit um 5 Cent von 73 Cent/Stunde auf 78 Cent/Stunde steigen, d.h. um 6,84 Prozent. Mit der Familiencard wäre die Preissteigerung ebenfalls 5 Cent von 68 Cent/Stunde auf 73 Cent/Stunde, d.h. um 7,4 Prozent. Dies lehnen wir ab.

Wir beantragen daher:

1. Der Grundsatzbeschluss von 1999 über die regelmäßig stattfindenden Gebührenerhöhungen in seiner modifizierten Form von 2009 wird aufgehoben.
2. In den Haushaltsjahren 2012 und 2013 findet keine Gebührenerhöhung statt.
3. Die Verwaltung macht einen Vorschlag, in welchen Schritten die Betreuungsgebühren in städtischen Tageseinrichtungen zurückgeführt werden auf null.

Ulrike Küstler
Stv. Fraktionsvorsitzende

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

| | |
|---------------------------------------|------------|
| Haushaltsantrag vom 18.10.2011 | Nr. |
|---------------------------------------|------------|

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

| |
|--|
| Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion SÖS und LINKE Fraktionsgemeinschaft |
| Betreff Kinder- und Familienzentren |

Kinder- und Familienzentren

Für den ersten Ausbauschnitt der Kinder- und Familienzentren beantragen wir 1,5 Mio. Euro.

Ulrike Küstler
stv. Fraktionsvorsitzende

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

| | |
|---------------------------------------|------------|
| Haushaltsantrag vom 18.10.2011 | Nr. |
|---------------------------------------|------------|

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

| |
|--|
| Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion SÖS und LINKE Fraktionsgemeinschaft |
| Betreff Sprachförderung in Tageseinrichtungen |

Sprachförderung in Tageseinrichtungen

Für die Sprachförderung in den Stuttgarter Kindertageseinrichtungen in Gruppen mit 50 % und mehr bilingualen Kindern beantragen wir 476.400 Euro/a.

Ulrike Küstler
stv. Fraktionsvorsitzende

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

SÖS und LINKE Fraktionsgemeinschaft

Betreff

Stadtteil- und Familienzentren

Stadtteil- und Familienzentren

Wir beantragen den Ausbau und die Aufnahme in die Förderung für folgende Einrichtungen:

1. Familienzentrum in Untertürkheim

Das Familienzentrum in Untertürkheim bietet ein vielfältiges Programm für Eltern und Kinder, das auch von kulturellen Gruppen aus dem Stadtbezirk unterstützt wird. Das Angebot wird sehr gut angenommen. Für die erforderliche hauptamtliche Tätigkeit entsteht ein Mehrbedarf von 33.000 Euro pro Jahr.

Wir beantragen für das Familienzentrums in Untertürkheim in 2012 und 2013 jeweils **58.000 Euro**.

2. FiZ Wangen

Auch das Wangener Familienzentrum hat einen Arbeitsumfang und eine Qualität erreicht, wo hauptamtliche Arbeit mit hoher Fachlichkeit benötigt wird.

Wir beantragen eine jährliche Förderung in 2012 und 2013 von **88.000 Euro**.

3. Eltern-Kind-Treff MüZe Vaihingen

Für die Unterstützung von Familien in schwierigen Lebenslagen beantragen wir die Erhöhung der jährlichen Zuschüsse in 2012 und 2013 auf **103.000 Euro/a**.

4. EKIZ Stuttgart-West

Für die Module "Begleitung freiwillig engagierter Bürger/-innen" und "Intergenerative Arbeit" beantragen wir zusätzlich 10.500 Euro, d.h. insgesamt **109.500 Euro/a**.

5. Familien- und Nachbarschaftszentrum Botnang-Nord

Zur dauerhaften Sicherung des Zentrums beantragen wir jährlich **103.000 Euro** in 2012 und 2013.

6. Treffpunkt Pfaffenäcker

Wir beantragen für 2012 und 2013 je **67.000 Euro**.

Ulrike Küstler
stv. Fraktionsvorsitzende

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

| | |
|---------------------------------------|------------|
| Haushaltsantrag vom 18.10.2011 | Nr. |
|---------------------------------------|------------|

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

| |
|-------------------------------------|
| Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion |
| SÖS und LINKE Fraktionsgemeinschaft |
| Betreff |
| Stellen für die Jugendhilfeplanung |

Stellen für die Jugendhilfeplanung

Die Jugendhilfeplanung ist gesetzlich verpflichtend und für die Qualitätsentwicklung und -sicherung notwendig.

Wir beantragen die Schaffung folgender Stellen:

- 1 Stelle 50 % Sachbearbeiter/in für die Planung "Ausbau von Ganztagschulen und Auswirkungen auf die offene Kinder und Jugendarbeit
- 1 Stelle 50 % Sachbearbeiter/in Planungsprozess Inklusion
- 1 Stelle 50 % Sachbearbeiter/in Qualitätsentwicklung Kitas und Kindertagespflege
- 1 Stelle 50 % Dienststellenleitung Jugendhilfeplanung
- 1 Stelle 50 % Sekretariat Jugendhilfeplanung

Ulrike Küstler
stv. Fraktionsvorsitzende

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

SÖS und LINKE Fraktionsgemeinschaft

Betreff

Um- und Ausbau der Kindertagsbetreuung

Um- und Ausbau der Kindertagesbetreuung

Wir beantragen die Vorschläge des Referates Soziales/Jugend und Gesundheit - mit Ausnahmen:

- für die Investitionen und Investitionszuschüsse insgesamt 101,93 Mio. Euro,
- für die laufenden jährlichen Betriebskosten und Betriebskostenzuschüsse 51,60 Mio. Euro.

Die Ausnahmen:

1. Wir lehnen dabei alle Maßnahmen ab, die zu einer Reduzierung des Platzangebotes in der Schulkindbetreuung führen. Dem geplanten Ausbau der Kinderbetreuung bis sechs Jahren steht die Stagnation bei der Schulkindbetreuung gegenüber. So stehen den angemeldeten Mehrplätzen auch Wenigerplätze entgegen. Die Folge ist, dass der Ausbau der Schulkindbetreuung im Schneckentempo geht. Auf Jahre hinaus finden dann nur ein Drittel der Stuttgarter Schulkinder, die vorher einen Ganztagsplatz hatten, einen Betreuungsplatz. Das führt Familien in existenzielle Nöte, ist kinder-un-freundlich und schadet dem Wirtschaftsstandort Stuttgart. Darum darf der Ausbau der Schülerhäuser nicht einhergehen mit einem Platzabbau an anderer Stelle.
2. Wir lehnen auch die eingerechnete Erhöhung der Betreuungsgebühren ab (siehe dazu unser gesonderter Antrag).

Ulrike Küstler
stv. Fraktionsvorsitzende

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

SÖS und LINKE Fraktionsgemeinschaft

Betreff

Zentren der frühen Bildung für Kinder und Eltern

Zentren der frühen Bildung für Kinder und Eltern

Seit langem hat die Verwaltung vorgeschlagen, die Kindertageseinrichtungen in besonders belasteten Stadtgebieten zu Zentren der frühen Bildung von Kindern und Eltern auszubauen. Dieser Vorschlag wird unserem Wunsch gerecht, die Kitas mit besonders vielen besonders förderungsbedürftigen Kindern personell und sachlich zusätzlich zu fördern und die Eltern einzubeziehen und auch ihnen Bildungsangebote zu machen.

Allerdings sind wir der Meinung, dass für diese Aufgabe insbesondere auch zusätzliches Personal nötig ist. Denn alle Untersuchungen zeigen, dass Förderprogramme in erster Linie davon abhängen, daß die Erzieher/-innen genug Zeit für die individuelle Zuwendung haben.

Daher beantragen wir:

1. Für die 20 geplanten Zentren der frühen Bildung von Kindern und Familien werden jeweils 300.000 Euro in 2012 und 2013 bereitgestellt.
2. Diese 20 Zentren erhalten einen Zuschlag beim Personalschlüssel von 20 Prozent.
3. Für die Gebührenfreiheit für waldheimähnliche Angebote werden jeweils 21.000 Euro in 2012 und 2013 bereitgestellt
4. Für den Ausbau des Netzwerks "g'sund und g'scheit" werden jeweils 20.000 Euro in 2012 und 2013 bereitgestellt.
5. Für die zweite Strategiekonferenz "Stuttgarter Netze für alle Kinder" werden 20.000 Euro im Jahr 2012 bereitgestellt.

Ulrike Küstler
stv. Fraktionsvorsitzende

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Eingang bei L/OB:

Datum:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

SÖS und LINKE Fraktionsgemeinschaft

Betreff

Sicherung der hohen Leistungsfähigkeit des Olgahospitals -
dauerhafter Zuschuss für das Olgahospital**Wir beantragen:**

Die Stadt gewährt dem Klinikum Stuttgart einen dauerhaften Zuschuss für die Führung des Olgahospitals von 5 Millionen € /p.a.. Die Höhe des Zuschusses wird alle fünf Jahre überprüft.

Begründung:

Das Olgahospital hat eine herausragende Bedeutung für die Versorgung der Kinder im Großraum Stuttgart und weit darüber hinaus. Die Versorgungsqualität entspricht oder übersteigt in vielen Bereichen universitären Standard, allerdings fehlen die zusätzlichen Einnahmemöglichkeiten von Universitäten.

Gleichzeitig besteht das Problem, dass generell die Maximalversorgung und insbesondere die Maximalversorgung in der Kinderheilkunde nach wie vor nicht korrekt im DRG-System abgebildet wird und auch die weit reichenenden ambulanten Leistungen des Olgahospitals nicht oder nicht ausreichend gegenfinanziert sind.

Um zu verhindern, dass diese unzureichende Finanzierungssituation zu Leistungseinschnitten bei der Versorgung der Kinder oder zu Überlastungen beim Personal führt, gewährt die Stadt einen dauerhaften Zuschuss zum Ausgleich dieser Nachteile.

Um den herausragenden Ruf des Olgahospitals zu erhalten und die hohe Leistungsfähigkeit des Olgahospitals dauerhaft zu sichern, ist die Gewährung des Zuschusses zwingend notwendig.

Thomas Adler

Ulrike Küstler
stv. Fraktionsvorsitzende

| | |
|---------------------------------------|------------|
| Haushaltsantrag vom 18.10.2011 | Nr. |
|---------------------------------------|------------|

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

| |
|---|
| Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion |
| SÖS und LINKE Fraktionsgemeinschaft |
| Betreff |
| Sicherungen der notwendigen Investitionen im Klinikum Stuttgart |

Wir beantragen:

Die notwendigen Investitionen (incl. des strukturellen Rahmenplans) werden durch die Stadt finanziert. Die mit GRDRs 1302/2005 festgelegte Finanzierung notwendiger Investitionen in Form von Vorschüssen bzw. in Form von vom Klinikum zu verzinsenden und zu tilgenden Krediten ist aufzuheben.

Begründung:

Grundsätzlich zuständig für die Finanzierung der Investitionskosten der Krankenhäuser sind die Länder. Es ist bekannt, dass diese seit Jahren ihrer Verpflichtung nicht in vollem Umfang nachkommen und deswegen ein immer größerer Investitionsstau in den Krankenhäusern entsteht. Auch die neue Landesregierung lässt nicht erkennen, dass sich dies im für das Klinikum erforderlichen Umfang ändern wird. Die Politik der Bundesregierung belastet die Rahmenbedingungen der Krankenhäuser weiter, was die Ergebnisse des Klinikums und damit seine finanziellen Spielräume ebenfalls drastisch verschlechtern wird.

In früheren Jahren war es üblich, dass diese Investitionslücke durch die Träger geschlossen wurde. In Stuttgart hat der Gemeinderat beschlossen, die notwendigen Investitionen entweder nur in Form von Vorschüssen (Großprojekte), oder in Form von Krediten die vom Klinikum verzinst und zurück gezahlt werden müssen, zu gewähren.

Dies ist systemwidrig, da die laufenden Einnahmen des Klinikums Stuttgart aus DRG's keinen Anteil für Investitionskosten enthalten. Deswegen muss die Rückzahlung der Kredite und die Zinsbelastung zu Lasten der Patientenversorgung und der Mitarbeiter aufgebracht werden.

Angesichts der vorhandenen Unterversorgung von Maximalversorgungskliniken durch die DRG's ist es nicht länger zumutbar, dass aus diesem bereits zu knappen Budget auch noch Investitionen finanziert werden müssen.

Die eigenfinanzierten Abschreibungen des Klinikums Stuttgart belaufen sich laut Jahresabschluss 2010 auf über 8 Millionen Euro. Anders ausgedrückt: wären entsprechend der Gesetzeslage die Investitionen durch das Land bzw. den Träger finanziert worden, hätte das Klinikum Stuttgart ein um 8 Millionen € besseres Jahresergebnis erzielt.

Allein die Belastungen (Abschreibungen und Zinsen) durch den strukturellen Rahmenplan (Grdrs 1302/2005) werden in den nächsten Jahren (bis 2016) diesen Betrag um ca. 18 Mio. Euro ansteigen lassen.

Diese immensen Belastungen sind mit dem Ziel, eine schwarze Null zu erreichen, nicht vereinbar.

Die durch die Neubauten zu erwirtschaftende Effizienzrendite benötigt das Klinikum dringend zum Ausgleich der sich durch Bundesgesetzgebung ständig verschlechternden Finanzierung der laufenden Betriebsausgaben.

Thomas Adler

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Ulrike Küstler
stv. Fraktionsvorsitzende

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

SÖS und LINKE Fraktionsgemeinschaft

Betreff

Alternatives Konjunkturprogramm ökologischer Stadtumbau

Alternatives Konjunkturprogramm ökologischer Stadtumbau

Der Klimawandel und die Verknappung fossiler Energie sind eine der größten Herausforderungen für die Politik des 21. Jahrhunderts. Mit dem Programm SEE wurde auf städtischer Ebene bereits ein wichtiger konzeptioneller Schritt durch eine notwendige Analyse der Einsparpotentiale mit klaren Handlungsempfehlungen entwickelt. Wichtig ist jedoch angesichts der vielen aufgezeigten Maßnahmen, dass alle Menschen an der Energiewende partizipieren können und nicht nur diejenigen, die über eigene Investitionsmittel verfügen.

Viele Haushalte in Stuttgart verfügen trotz Förderprogramme nicht über die finanziellen Spielräume, um Energiesparmaßnahmen finanzieren zu können bzw. sie scheuen sich vor der Aufnahme von Kreditlinien. Viele Eigentümer scheuen jedoch auch die komplexe Aufgabe einer Sanierung anzugehen. Dabei ist der energetische Sanierungstau immens. 84 % des Wohnungsbestandes ist ohne gesetzliche Regelungen zur Energieeinsparung oder Gebäudedämmung entstanden. Lediglich 4 % des Wohnungsbestands ist auf dem neuesten energetischen Stand. Energetische Sanierung ist dort am erfolgreichsten, wo der höchste Sanierungstau besteht. Energie-Contracting bietet genau deshalb eine interessante, niederschwellige und auch finanziell attraktive Möglichkeit, Klimaschutz, Energieeinsparung und Investitionen vor Ort zu realisieren, sofern ein Contractor in ausreichendem Maße über Know-How und Liquidität verfügt. Hieraus ergibt sich für die Fraktionsgemeinschaft SÖS und LINKE ein dauerhaftes Geschäftsfeld der kommunalen Stadtwerke als sozial-ökologisches Konjunkturprogramm. Durch das städtische Intracting bei eigenen Liegenschaften wurden bereits wichtige Einspar-Ziele erreicht und Erfahrungswerte gesammelt. Mit einem Contracting-Programm als Geschäftsfeld der neuen Stadtwerke und den Erfahrungen aus dem Intracting kann sich die Stadt jedoch dem privaten Immobiliensektor zuwenden, wo immense Einsparpotentiale bestehen und die größten Erfolgsquoten erzielt werden können.

Im Gegensatz zum Instrument der Direktsubvention fließen beim Contracting die eingesetzten Mittel während der Vertragslaufzeit der Kommune zurück und verbleiben in einem Sanierungskreislauf, der sowohl einen immensen Beitrag zum Klimaschutz leisten könnte als auch Wertschöpfung und Arbeit auf lokaler Ebene

schaffen würde. Neben dem Wohnungssektor könnten zukünftig auch Sanierungsmaßnahmen von Schulen, Kitas und Bädern, aber auch bei Gewerbe- und Industrieimmobilien über dieses Programm realisiert werden.

Daher beantragen wir:

1. Dem Aufbau des neuen Geschäftsfelds „Energie-Contracting“ durch die Stadtwerke Stuttgart wird zugestimmt.
2. Für zu akquirierende Contractingprojekte wird ein Rahmenkredit von jährlich 50 Millionen Euro genehmigt.
3. Über die Aufteilung des Rahmenkredits in einzelne Projektkredite und deren Bewilligung entscheidet der Stadtrat. Die Einwilligung in ein Contracting-Projekt setzt die Aussetzung von Mietpreiserhöhungen durch den Immobilienbesitzer während der Vertragslaufzeit voraus.
4. Die Stadt konzipiert eine niedrig verzinste kommunale Energiespar-Anleihe, um den Contracting-Topf mit privatem Kapital aufzustocken.

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Ulrike Küstler
stv. Fraktionsvorsitzende

| | |
|---------------------------------------|------------|
| Haushaltsantrag vom 18.10.2011 | Nr. |
|---------------------------------------|------------|

Eingang bei L/OB:

Datum:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

| |
|--|
| Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion |
| SÖS und LINKE Fraktionsgemeinschaft |
| Betreff |
| Ämterübergreifende Klimaschutz- und Energiesparmaßnahmen |

Ämterübergreifende Klimaschutz- und Energiesparmaßnahmen

Das Amt für Umweltschutz hat mit dem SEE-Prozess eine fundierte Grundlage für die Bündelung von Klimaschutz- und Energiemaßnahmen in einem städtischen Leitbild geschaffen. Leider scheint SEE noch nicht in allen Ämtern Berücksichtigung zu finden. Exemplarisch ist der Schulentwicklungsplan zu nennen, der energetischen Mängeln keine Gewichtung zuerkannt hat.

Wir beantragen daher:

Eine volle Stelle zur ämterübergreifenden Koordination von Klimaschutz- und Energieeinsparmaßnahmen wird im Stellenplan eingestellt und dem Amt für Umweltschutz zuerkannt.

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Ulrike Küstler
stv. Fraktionsvorsitzende

| | |
|---------------------------------------|------------|
| Haushaltsantrag vom 18.10.2011 | Nr. |
|---------------------------------------|------------|

Eingang bei L/OB:

Datum:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

| |
|---|
| Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion |
| SÖS und LINKE Fraktionsgemeinschaft |
| Betreff |
| Blockheizkraftwerk im Klärwerk Mühlhausen errichten |

Blockheizkraftwerk im Klärwerk Mühlhausen errichten

Im Rahmen des Prozesses „Stuttgart mit Energie-Effizienz“ (SEE) wird als Maßnahme im Bereich Energieerzeugung und –versorgung die Errichtung eines Blockheizkraftwerks im Klärwerk Mühlhausen im Zuge des Neubaus der Schlammfäulung empfohlen. Hierdurch kann Klärgas in Strom und Wärme für den Nahwärmeverbund umgewandelt werden. Dieses brennbare Gas besteht aus etwa 60 Prozent Methan und 40 Prozent Kohlendioxid und hat einen hohen Energiegehalt. Nach Schätzungen des Amtes für Umwelt, Abteilung Energiewirtschaft, könnten damit jährlich 16,2 GWh an Primärenergie erzeugt werden. Dies würde einen Erlös von über 700.000 Euro pro Jahr bringen bei jährlichen Gesamtkosten für Betrieb und Personal in Höhe von 220.000 Euro.

Wir fordern daher:

Die Planungs- und Investitionsmittel zur Realisierung des Blockheizkraftwerks im Klärwerk Mühlhausen werden in den Doppelhaushalt eingestellt.

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Ulrike Küstler
stv. Fraktionsvorsitzende

| | |
|---------------------------------------|------------|
| Haushaltsantrag vom 18.10.2011 | Nr. |
|---------------------------------------|------------|

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

| |
|--|
| Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion SÖS und LINKE Fraktionsgemeinschaft |
| Betreff Haushaltsmittel für Wettbewerbe |

Da das Referat WFB es mittlerweile dem Gemeinderat überlässt, zuvor für notwendig gehaltene Finanzierungen im Rahmen der Haushaltsberatung noch einmal ausdrücklich zu beantragen, beantragen wir folgende Mittel für folgende Wettbewerbe bereitzustellen:

- Züblin-Tankstelle 90.000 Euro
- Stadtgarten 80.000 Euro
- Workshop Schochareal 260.000 Euro
- Neckarpark 1.030.000 Euro

Gangolf Stocker

Hannes Rockenbauch

Tom Adler

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

SÖS und LINKE Fraktionsgemeinschaft

Betreff

Pauschale Erhöhung der Planungsmittel für informelle Bürgerbeteiligungsprozesse

Wir beantragen:

1. Bis zur dritten Lesung macht das Stadtplanungsamt einen Vorschlag, welche Mittel jährlich notwendig sind um größere anstehende Bau- und Städtebau-Projekte in Zukunft mit einem informellen Bürgerbeteiligungskonzept zu begleiten.
2. Der Gemeinderat erhöht die Planungsmittel des Stadtplanungsamtes um diese Summe und reserviert diese Mittel für zukünftige Beteiligungskonzepte.

Begründung:

Die Auseinandersetzung um Stuttgart 21 hat nicht nur in der Welt der Planer eine Diskussion über eine dringend notwendige Reform unserer heutigen Planungskultur ausgelöst.

Die formalen Beteiligungsprozesse, die nach Baugesetzbuch in den Bauleitverfahren vorgesehen sind, können das wachsende Bedürfnis der Bürgerinnen und Bürger nach Mitsprache und Mitgestaltung ihrer Stadt nicht mehr befriedigen.

Dauerhaft wird eine zukunftsfähige Stadtentwicklung nur gelingen, wenn die Ansprüche und Gestaltung der Stadt von morgen gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern entwickelt wird. Eine moderne Beteiligungskultur muss neue Beteiligungsformate entwickeln und in der Anwendung und Auseinandersetzung mit den Bürgerinnen und Bürgern weiterentwickelt werden.

Dieser Anspruch nach mehr Demokratie darf nicht an zu knappen Planungsmitteln im Stadtplanungsamt scheitern.

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Ulrike Küstler
stv. Fraktionsvorsitzende

| | |
|---------------------------------------|------------|
| Haushaltsantrag vom 18.10.2011 | Nr. |
|---------------------------------------|------------|

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

| |
|--|
| Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion SÖS und LINKE Fraktionsgemeinschaft |
| Betreff Planungskosten Rückbau B10/27 an der Friedrichswahl |

Für die Rückbauplanung der b10/27 an der Friedrichswahl sind Planungskosten in Höhe von 100.000 Euro beim Stadtplanungsamt in den Haushalt einzustellen.

Gangolf Stocker

Hannes Rockenbauch

Tom Adler

| | |
|---------------------------------------|------------|
| Haushaltsantrag vom 18.10.2011 | Nr. |
|---------------------------------------|------------|

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

| |
|--|
| Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion SÖS und LINKE Fraktionsgemeinschaft |
| Betreff Planungsmittel für Rückbau Paulinenbrücke |

Für die Planung des Rückbaus der Paulinenbrücke werden im Haushalt des Stadtplanungsamtes 60.000 Euro eingestellt.

Gangolf Stocker

Hannes Rockenbauch

Tom Adler

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

SÖS und LINKE Fraktionsgemeinschaft

Betreff

SIM um zwei Komponenten erweitern

SIM um zwei Komponenten erweitern

- Angesichts des demografischen Wandels ist die bedarfsgerechte Anpassung der Wohnungsbestände für ältere Menschen eine wichtige Herausforderung für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft.
- Dazu kommt, dass die notwendige und geforderte Inklusion von Menschen mit Handicap im Wohnungsbau und in der Stadtplanung ebenfalls eine wachsende Bedeutung hat.

Die wachsende Zahl von älteren Menschen wird zu einem steigenden Bedarf an altersgerechten, weitgehend barrierefreien Wohnungen führen. Während die Zahl der jüngeren Bevölkerung kontinuierlich zurückgeht, wird die Zahl der über 65-Jährigen deutlich ansteigen. Allerdings steigt in allen Altersgruppen auch der Bedarf an Inklusion. Das bestehende Wohn- und Versorgungsangebot wird diesen veränderten Anforderungen in vielen Bereichen nicht gerecht und muss an diese Anforderungen angepasst werden, um allen in jedem Lebensalter ein möglichst selbstständiges Leben zu ermöglichen.

Zum einen müssen bei Neubauten die Anforderungen an eine barrierefreie Gestaltung berücksichtigt werden. Bei Neubauten ist das am leichtesten und mit den geringsten Kosten zu realisieren. Außerdem muß der Wohnungsaltbestand durch individuelle und strukturelle Anpassungsmaßnahmen barrierefrei bzw. altersgerecht gemacht werden. Neben einem barrierefreien Wohnumfeld, der Bereitstellung wohnortnaher Infrastruktur, der Integration von sozialen Angeboten wie Nachbarschaftstreffs oder häuslicher Pflege müssen Wohnungsanbieter zusammen mit anderen wichtigen Akteuren, wie zum Beispiel Kommunen und Wohlfahrtsverbänden, dazu beitragen, dass das soziale Zusammenleben unter und zwischen den Generationen gestärkt wird.

In diesem Zusammenhang spielen städtebauliche Aspekte eine zentrale Rolle. Darüber hinaus muss sich das Wohnungsangebot auch für neue Wohnformen öffnen, wie etwa das selbstständige gemeinschaftliche Wohnen oder

gruppenorientierte Wohnformen für Pflegebedürftige.

Für den Wohnungsbestand sollten bei Anpassungsmaßnahmen jedoch barrierereduzierte Mindeststandards gelten.

Wir beantragen daher:

1. Das Stuttgarter Innenentwicklungsmodell wird um die Komponente „barrierefreies Wohnen“ erweitert. 30 % der Wohnungen müssen dem Standard der Barrierefreiheit (DIN 18040-1) entsprechen.
2. Die Stadt Stuttgart entwickelt ein Fördermodell mit Zuschüssen zur Unterstützung der barrierefreien Einrichtung von neuen und alten Wohnungen.

Ulrike Küstler
stv. Fraktionsvorsitzende

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

| | |
|---------------------------------------|------------|
| Haushaltsantrag vom 18.10.2011 | Nr. |
|---------------------------------------|------------|

Eingang bei L/OB:

Datum:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

| |
|---|
| Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion |
| SÖS und LINKE Fraktionsgemeinschaft |
| Betreff |
| Solardachbörse als Erfolgsmodell fortführen |

Solardachbörse als Erfolgsmodell fortführen

Die Nutzung kommunaler Immobilien und ihrer Dachflächen für Solaranlagen ist ein richtiger Schritt zur Produktion erneuerbarer Energie im Stadtgebiet und ein Zeichen der Klimaschutzbemühungen der Stadt. Die Solardachbörse hat bereits zehn Dachflächen aktiviert und weitere acht Solaranlagen in Planung. Dieser Prozess muss fortgeführt werden. Insbesondere die Schulsanierungsmaßnahmen werden ab 2013 neue geeignete Dachflächen hervorbringen.

Wir beantragen daher:

Der KW-Vermerk der 20 %-Stelle zur Betreuung der Solardachbörse wird aufgehoben.

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Ulrike Küstler
stv. Fraktionsvorsitzende

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

SÖS und LINKE Fraktionsgemeinschaft

Betreff

Stadtteilzentren als zentraler Ort der Gemeinwesenarbeit

Stadtteilzentren als zentraler Ort der Gemeinwesenarbeit

In verschiedenen sozialen Bereichen zeigt sich die Notwendigkeit, die aktivierende, begleitende und unterstützende Arbeit in den Stadtquartieren anzusiedeln. Aktuelle Beispiele sind die partizipative Altenhilfe und die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung. In den Stadtteilen gibt es unterschiedliche Strukturen für die einzelnen sozialen Bedarfe und die verschiedenen Altersgruppen. Ziel ist ein gutes Miteinander im Sozialraum. Dabei ist es sinnvoll, in jedem Stadtteil anzusetzen bei den vorhandenen Strukturen und Einrichtungen und diese entsprechend weiterentwickelt oder ausgebaut werden. So kann auch die ehrenamtliche Arbeit von Freiwilligen sinnvoll und befriedigend eingebunden werden. So entsteht in den Stadtquartieren ein lebendiges Miteinander und werden die demokratischen Strukturen gestärkt.

Dabei ist es sinnvoll, von vorhandenen Angeboten und Einrichtungen auszugehen und das vorhandene ehrenamtliche Engagement im Stadtteil zu bewahren und zu stärken. Alle Ansätze zur Unterstützung von Familien, Hilfen für Schülerinnen und Schüler, Betreuung von älteren Menschen etc. sind wertvoll und müssen eingebracht werden.

Wir beantragen:

1. Für alle Stadtteile werden, basierend auf den Informationen des Sozialdatenatlasses, die notwendigen Bedarfe der Gemeinwesenarbeit festgestellt.
2. Für alle Stadtteile werden die bereits vorhandenen Ressourcen (vorhandene Initiativen und Einrichtungen) festgestellt.
3. Als Raumressourcen werden auch die Schulen und v.a. entstehende Schulcampusse einbezogen.

Daraus wird eine Planung für den Aufbau von Stadtteilzentren entwickelt, die als Stationen der sozialen Hilfen aller Art dienen und auch als Orte, wo sich bürgerschaftliches Engagement, Vereine, Gruppen, Initiativen Platz finden und sich entfalten können.

Ulrike Küstler
Stv. Fraktionsvorsitzende

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

| | |
|---------------------------------------|------------|
| Haushaltsantrag vom 18.10.2011 | Nr. |
|---------------------------------------|------------|

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

| |
|---|
| Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion |
| SÖS und LINKE Fraktionsgemeinschaft |
| Betreff |
| Weiterführung und Sicherung der "Sozialen Stadt - Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf" |

Wir beantragen:

1. Zur Sicherung und Fortführung der "Sozialen Stadt - Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf" die Entfristung der Stellen mit der Stellennummer 610 0801 065 und 610 0801 070 .
2. Für die Modernisierung der Kitas im Rahmen des Programms "Soziale Stadt - Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf" sind zusätzliche Mittel in den Haushalt einzustellen.

Gangolf Stocker

Hannes Rockenbauch

Tom Adler

